Nr. 58. Donnerstag, 9. März 1899

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XVIII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 7. März.

Die heute fortgesetzte Berathung des **Handelsetats** brachte eine lange Währungsrede des Abg. Dr. **Arendt** (freiconf.). Eine von ihm gewünschte Enquete über die Ursachen der Schwankungen des Zinsfußes und über die Möglichkeit, den Goldabfluß zu verhindern etc., hielt Minister **Brefeld** für überflüssig. Der Antrag Hirsch-Gamp betreffend die Anstellung weiblicher Hilfskräfte im Gewerbeaufsichtsdienst wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Auf Anregung des Abg. **Felisch** (conf.) erklärte Minister **Brefeld**, daß Verhandlungen über die **Reform des Baugewerkschulwesens** eingeleitet seien; über die Frage des Befähigungsnachweises sollen die noch zu bildenden Handwerkerkammern gehört werden.

Abg. **Gamp** (freiconf.) befürchtete, daß die für Stettin in Aussicht genommene Baugewerksschule der in Dt. Krone bestehenden großen Abbruch thun werde.

Abg. v. **Tiedemann** (freiconf.) befürwortete die Errichtung einer egwerblichen Mittelschule in Bromberg.

Abg. **Brömel** (freis. Vereinig.) wünschte den Anschluß einer Maschinenbauschule an die Baugewerkschule in Stettin.

Abg. **Ernst** (freis. Vereinig.) plaidirte in einstündiger Rede für die **Vermehrung und Verbesserung der Fortbildungsschulen.**

Zu diesem Thema sprachen noch die Abgg. Felisch (conf.), Langerhans (freis. Volksp.), Glattfelter (Centr.) und Kopsch (freis. Volksp.).

Die Fortsetzung der **Etatsberathung** erfolgte in einer Abendsitzung.

Abendsitzung.

In der fortgesetzten Berathung des Handelsetats beklagte Abg. **Crüger-Bromberg** (freis. Volksp.) die Thätigkeit gewisser officieller Wanderredner, welche ohne irgendwelche Geldmittel neue Genossenschaften zu gründen und die bestehenden und erprobten Genossenschaften in Mißcredit zu bringen bestrebt seien.

Handelsminister **Brefeld** drückte darauf den Wunsch aus, ihm derartige Beschwerden persönlich vortragen zu wollen.

Beim **Bauetat** wünschte Abg. v. **Glasenapp-Marienburg** (conf.) die Fortführung und Beschleunigung der Verhandlungen über die **Fortsetzung der Weichselregulirung.**

Geheimrath **Schultz** sagte wohlwollende Berücksichtigung dieses Wunsches seitens der Regierung zu. Die Interessenten seien aber nicht ohne Schuld an dem Scheitern der bisherigen Verhandlungen.

Abg. **Lotichius** (nat.-lib.) trat für die Errichtung eines besonderen Bautenministeriums ein.

Abg. v. **Pappenheim** (conf.) erklärte, seine Freunde würden es auf keinen Fall dulden, daß die Meliorationsbauten vom landwirthschaftlichen Ministerium abgetrennt würden. Auf eine Anfrage v. Pappenheims, wie es mit dem neuen Wasserrecht stehe, erklärte

Minister **Thielen**, er erkenne das Bedürfniß nach einer Vereinfachung des **Wasserrechts** an. Die Vorarbeiten dazu seien auch bereits in Angriff genommen, es hätten sich jedoch bei Ausführung derselben große Schwierigkeiten ergeben.

Abg. **Daub** (nat.-lib.) ist gegen die Uebertragung der Bauten an das landwirthschaftliche Ministerium. Architektur und Wasserbau gehören zusammen.

Als letzter Redner erklärte Abg. **Ehlers** im Namen seiner Freunde, daß sie der völligen Uebertragung des Wasserbauwesens an das landwirthschaftliche Ministerium schwere Bedenken entgegen bringen. Es gehe zu weit, die Landwirthschaft zum Angelpunkt aller Staatsinteressen zu machen. Bezüglich der Aussichten der Weichselregulirung würde er es nicht begreifen, wenn eine Sache, für die schon 20 Millionen ausgegeben seien, wegen einiger weniger noch fehlender Hunderttausende, welche die Deichverbände nicht aufbringen wollten, fallen gelassen würde.

Berlin, 8. März.

Bei der heute fortgesetzten Berathung des Bauetats brachte Abg. **Munckel** (freis. Volksp.) die Verweigerung der baupolizeilichen Erlaubniß für das **Portal des Friedhofs des Märzgefallenen** zur Sprache und beleuchtete die polititische Seite dieser Frage sowie die Bedeutung der Märztage des Jahres 1848, ohne welche wir keine preußische Verfassung, kein deutsches Reich und keinen deutschen Kaiser haben würden.

Minister **Thielen** weist namens der Staatsregierung die Ausführung Munckels, welche eine Verherrlichung der Revolution enthalte, mit Entschiedenheit zurück. Zur Sache selbst könne er sich nicht äußern, da die Angelegenheit selbst noch ruht und der Beschwerdeweg betreten sei.

Abg. v. **Zedlitz-Neukirch** (freiconf.) protestirt gegen die Auffassung Munckels von der Bedeutung der Bewegung des Jahres 1848.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (conf.) erklärt, daß das Verhalten der Stadtbehörden von Berlin hinausgehe auf Verherrlichung der Revolution und Fälschung der Geschichte. Die Regierung habe ihre Pflicht gethan, wenn sie dem entgegentrete. Nur hätte er gewünscht, daß die Entscheidung nicht so lange hätte auf sich warten lassen; das sei kein Zeichen von Energie und Entschiedenheit. Nicht dem 18. März 1848 sei die Verfassung zu verdanken, sondern dem König Friedrich Wilhelm IV., und das deutsche Kaiserthum sei der deutschen Armee zu verdanken. Gerade die politischen Vorgänger Munckels hätten den heftigsten Widerstand gegen die Schaffung des deutschen Reiches geleistet.

Reichstag.

Berlin, 7. März.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit dem Gesetzentwurf betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von **Schuldverschreibungen** und mit dem **Hypothekenbankgesetzentwurf.** Bezüglich des ersteren wurde von der großen Mehrheit der Redner die Bedürfnißfrage bejaht. Bezüglich der zweiten Vorlage erkannten sämmtliche Redner: Rettich (conf.), Büsing (nat.-lib.), Spahn (Centr.), Munckel (freis. Volksp.), Lenzmann (freis. Volksp.), Gamp (Reichsp.), Hahn (Bund der Landwirthe), Calwer (Soc.) und Schrader (freis. Vereinigung), das Bedürfniß an, machten jedoch Bedenken im einzelnen geltend. Abg. Calwer hatte vom Abg. Hahn, welcher wegen militärischer Uebungen in Uniform anwesend war, als von einem Leutnant gesprochen — eine Bezeichnung, die Präsident Ballestrem (Centr.) zwar harmlos, aber unpassend fand. (Heiterkeit.) Beide Entwürfe wurden an eine Commission verwiesen.

Donnerstag: lex Heinze und Wahlprüfungen.

Berlin, 7. März. Die **Budgetcommission** des **Reichstages** setzte heute die Berathung des **Colonialetats** fort. Auf die Anfrage des Abg. Hasse (nat.-lib.) erwiderte der Colonialdirector **v. Buchka**, daß eine definitive Entscheidung über das Schicksal der sogenannten neutralen Zone in **Togo** zunächst noch nicht zu erwarten sei. Eine einseitige Besetzung der neutralen Zone durch englische Truppen habe seines Wissens nicht stattgefunden.

Im weiteren Verlaufe der Berathung wurden die bekannten Anschuldigungen des Afrikareisenden Gottlob Adolf Krause von dem Colonialdirector v. Buchka zurückgewiesen. Krause hat bekanntlich behauptet, die deutschen Beamten in den afrikanischen Schutzgebieten begünstigten den **Sclavenhandel.** Abg. **Müller-Sagan** (freis. Volksp.), **Bebel** (Soc.) und Graf **Stolberg** (conf.) sind für die Strafverfolgung Krauses. Daraufhin erklärte Colonialdirector v. Buchka, er werde Strafantrag stellen.

Bei dem Etat für **Südwestafrika** beantragte der Referent Prinz Arenberg (Centr.) die Streichung der eingestellten Unterstützungen für die evangelischen Kirchengemeinden in Windhoek und Swakopmund, da dies zu unabsehbaren Consequenzen führen würde. Die Position wurde abgelehnt. Auf Antrag des Grafen Arnim (conf.) und Hasse (nat.-lib.) wurden von der Gesammtposition für Neubauten und Bewässerungsanlagen in Südwestafrika 30 000 Mk. gestrichen.

Berlin, 8. März. In der heutigen **Budgetcommission des Reichstages** wurde der Titel „Beihilfe für sich ansiedelnde deutsche Mädchen“, nachdem Bebel und Gröber ihn bemängelt hatten, vom Director der Colonial-Verwaltung zurückgezogen.

Berlin, 8. März. Die Reichstagscommission für das **Bankgesetz** lehnte den Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals der Reichsbank auf 200 000 000 Mark ab und nahm in zweiter Lesung mit 17 gegen 11 Stimmen die Regierungsvorlage, also 150 000 000 Mk. Grundkapital an.

Politische Uebersicht.

Danzig, 8. März.

Eisenbahnen und Kanäle.

Auch der Minister für öffentliche Arbeiten ist nunmehr dem Geschick verfallen; er hat den Zorn der Agrarier auf sich gezogen und die „Correspondenz des Bundes der Landwirthe“ erklärt kurz und bündig:

„Ein Eisenbahnminister, der lieber Kanäle als Eisenbahnen gebaut sehen will, verdiente eigentlich — Kanalminister zu werden.“

Herr Thielen hat bei der ersten Berathung des Etats im Abgeordnetenhause ausgeführt, trotz aller Aufwendungen für die Vermehrung der Betriebsmittel, für Erweiterung der Strecken und Bahnhöfe, für die Vermehrung und Beschleunigung der Güterzüge u. s. w. sei dennoch stellenweise der gewaltige Verkehrsstrom stärker gewesen als die Eisenbahnverwaltung, so daß diese demnach stellenweise an einzelnen Punkten des Netzes an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sei. In der zweiten Lesung hat Graf Arnim es als recht unerfreulich bezeichnet, daß der Eisenbahnminister gesagt habe, die Eisenbahnen seien an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. „Ich fürchte“, fährt der Redner fort, „daß der Minister bei dieser Gelegenheit mehr an sich als Eisenbahnminister, als an ein Mitglied des Staatsministeriums gedacht hat.“

Graf Arnim entledigte sich bei diesem Anlaß des Auftrages des weitaus größten Theiles seiner politischen Freunde, an den Minister die Anfrage zu richten, wie er sich in Bezug auf die Schleppbahnen künftig stellen werde, und sagte:

„Wir sind der Ansicht, daß es nothwendig ist, aus den Industriebezirken in Oberschlesien, aus denen des Westens nach Berlin und den Küstenplätzen sowohl wie nach Königsberg im Osten schwerere Eisenbahnlinien einzurichten, d. h. Linien, ausgerüstet mit noch viel schwereren Schienen (als 41 Kilogr.) und mit stärkeren und noch zahlreicheren Schwellen. Namentlich aber wäre nothwendig ein Befahren mit Eisenbahnwagen, die gestatten, bis zu 50 Tonnen in sich aufzunehmen.“

Der Bau solcher Schleppbahnen würde den Kanalbau überflüssig machen. Herr Thielen ist die Antwort auf diese feierlichst gestellte Frage nicht schuldig geblieben; er hat zunächst ein derartiges System von Bahnen, die mit dem übrigen Staatsbahnnetz außer Zusammenhang stehen und also zahlreiche Umladungen erfordern würden, für kaum ausführbar erklärt. 50- oder 100-Tonnen-Wagen seien im Verkehr durchaus unzweckmäßig; bei dem ganzen landwirthschaftlichen Verkehr seien schon die 15-Tonnen-Wagen sehr wenig beliebt. Er kam damit zu dem Schluß, daß zur Bewältigung der zu erwartenden großen Verkehrszunahme für die Zukunft Vorkehrungen getroffen werden müssen. Ob dafür die Erweiterung des Staatsbahnnetzes der richtige Weg sei oder der Bau von weiteren Kanälen oder ob der richtige Weg der sei, neben der Erweiterung des Eisenbahnnetzes auch eine Erweiterung der Wasserstraßen vorzunehmen, diese Frage werde demnächst bei der Kanalvorlage gründlich erörtert werden. Bestimmter formulirte der Minister die Frage dahin, ob es nicht ökonomisch richtiger und dem Verkehrsinteresse mehr entsprechend sei, im gegebenen Falle anstatt oder neben den dritten oder vierten, nur für den Gütertransport bestimmten Geleisen auch Kanäle zu bauen, die in der Lage sind, große Massen zu billigeren Selbstkosten zu befördern, als die Eisenbahnen. Wenn Herr Thielen geglaubt haben sollte, durch diese zurückhaltende Sprache die conservativen Agrarier zu entwaffnen, so hat er sich, wie die Sprache der „Correspondenz des Bundes der Landwirthe“ erkennen läßt, gründlich geirrt. Der Rath, Kanalminister zu werden, zeugt deutlich, daß die Conservativen oder wenigstens der größte Theil derselben entschiedene Gegner der Kanäle sind. Die Befürwortung von Schleppbahnen beweist freilich, daß auch sie die jetzigen Eisenbahnen als nicht hinlänglich leistungsfähig anerkennen. Wie sie sich zu den Kanalplänen stellen werden, wenn das System der Schleppbahnen als unausführbar und den Anforderungen des Verkehres nicht entsprechend nachgewiesen wird, muß man abwarten. Sie werden dann schon einen anderen Vorwand ausfindig machen, um die Ablehnung der Kanalprojecte zu begründen. Wenn die conservativen Agrarier über den Halys gehen, d. h., wenn sie im Abgeordnetenhause die Kanalvorlage und im Reichstage das Fleischbeschaugesetz zu Falle bringen, so wird auch für sie die Prophezeiung in Erfüllung gehen: sie werden ein großes Reich zerstören.

Genesung des Papstes.

Das Dienstag Abend sechs Uhr ausgegebene, von den Aerzten Mazzoni und Lapponi unterzeichnete Bulletin lautet: Der Gesundheitszustand des Papstes ist andauernd sehr befriedigend. Puls, Athmung und Temperatur sind normal. Der Heilungsprozeß an der operirten Stelle verläuft regelmäßig. Da der hohe Kranke von der Operation genesen erachtet werden kann, werden weitere Bulletins nicht veröffentlicht.

Dr. Mazzoni hat sich gestern Abend vom Papste verabschiedet und stellt seine regelmäßigen Besuche ein. Dr. Mazzoni wird den Papst nur noch von Zeit zu Zeit bis zu dessen vollständiger Wiederherstellung besuchen.

Ehrung Loubets im Senat.

Im Senat übernahm gestern Fallières das Präsidium des Senats und sprach den Dank für seine Wahl aus. Hierauf gedachte er in ehrenden Worten seines Vorgängers auf dem Präsidentenstuhl, des Präsidenten der Republik Loubet, und erinnerte an dessen Botschaft, in welcher das Parlament um seine Mitarbeit an dem Werke zur Beruhigung der Geister gebeten wird. Der Senat werde es sich zur Ehre anrechnen, dieser Aufforderung zu entsprechen. Im übrigen dürfe man aus beruhigenden Anzeichen die Hoffnung schöpfen, daß man nicht fern von dem Tage sei, an welchem das vorübergehende Mißbehagen, welches sich im Lande fühlbar gemacht habe, entschwunden sei. Die widrigen Winde, welche

---

Steffies Heirath.

Roman von Heinrich Lee.

28 [Nachdruck verboten.]

(Fortsetzung.)

Siebentes Kapitel.

Der Hochsommer lag in seinen letzten Zügen.

Die Manöver waren vorüber und die Hälfte der Offiziere im Regiment hatte sich auf den gewohnten alljährlichen Urlaub begeben.

Mit der Führung des Regiments war jetzt der Oberstleutnant betraut, denn Oberst v. Arnsberg war mit seiner schönen jungen Frau nach dem Süden gegangen. Leonie hatte sich gewünscht, einmal ein paar stille Wochen am Gardasee zu verbringen und sich dort zwischen den Citronengärten und Olivenwäldern, den Feigen- und Mandelbäumen, den Villen und Dörfern, die sie von einem früheren flüchtigen Aufenthalt anläßlich ihrer Hochzeitsreise her kannte, in einer behaglichen Pension dem süßen Nichtsthun zu widmen.

„Ich fürchte nur“, lächelte der Oberst, als sie ihm ihren Wunsch aussprach — „du malst dir in deiner Phantasie das hübscher aus, als es dir nachher gefallen wird. Du wirst dich langweilen. Der Gardasee mit seinen schönen Sachen ist nur etwas für gesetzte Leute, für einen Menschen, wie ich selber bin.“

„Eben deshalb“, erwiderte sie — „möchte ich hin. Weil ich weiß, wie gut es dir dort gefallen hat. Und langweilen werde ich mich auch nicht. Wir reisen doch zusammen.“

„Sag mir, Leonie“, sprach er und er sah ihr froh und zärtlich in die Augen — „sag mir, was habe ich nur gethan, daß ich soviel Glück von dir verdiene? Ich habe mich manchmal selbst darnach gefragt und finde keine Antwort. Es ist anders, es ist besser zwischen uns geworden. Ich denke so häufig an früher. Mit Steffie fing es an. Aber sieh, als sie uns wieder genommen wurde, da fürchtete ich, es würde zwischen uns das Alte wieder werden. Ich war über ihr Glück so erfreut, daß ich darüber vergaß, an mein eigenes, wie es sich in der Zukunft nun wieder gestalten würde, zu denken und alle meine Besorgniß ist unnütz gewesen. Als ich dann sah, daß wir Steffie für uns nicht mehr bedurften — du weißt nicht, wie froh es mich gemacht hat. Und doch muß ich mir nun sagen, daß es nicht Steffies Gegenwart allein war, die dich mir so verändert hat. Ich sollte, ohne zu grübeln, das Gute, das mir in dir beschert wird, genießen. Ich bin nun aber — und er verfiel in einen scherzenden Ton — das weißt du, auf die wissenschaftliche Seite gefallen und möchte gern jedem Dinge auf den Grund gehen. Ich verstehe von der weiblichen Seele ja nichts, weil ich mich um die Frauen nicht gekümmert habe, bis ich dich sah und du hast es mir mit dem ersten Blicke angethan. Ich lerne aber gern. Nun laß mich einmal in dein Herz sehen. Erkläre mir, was ich sonst nicht begreifen kann.“

Sie entwand sich ihm.

„Frag' mich nicht so“, sagte sie fast hastig — „und sprich nicht von früher. Laß uns doch die Gegenwart genug sein. Wir sind doch froh und glücklich darin.“

Er meinte, etwas wie Beklommenheit an ihr zu bemerken. Er fühlte nur, daß er sie in Verlegenheit versetzte und daß er unzart gegen sie gewesen war.

„Verzeih' mir“, erwiderte er warm und doch so, daß sie, um aus ihrer Befangenheit zu kommen, denken mußte, es sei ein bloßer Scherz von ihm gewesen — „ich bin eben dein ungeschickter Mann. Es war eine unnütze, eine unverständige Frage. Sie soll mir auch niemals wieder kommen. Du hast Recht, wir wollen uns nur an der Gegenwart freuen, wie sie ist und wie sie hoffentlich auch bleiben wird. Und jetzt setz' ich mich an den Schreibtisch und schreibe nach Gargnano an unseren alten Hotelwirth und bestell uns Quartier!“

Einen Tag später wurden Brockstreeks von Leonie noch zu einem kleinen Abschiedsessen eingeladen. Das junge Paar stand gleichfalls vor der Abreise.

Brockstreek und Steffie wollten, da dies der etwas schwach gewordene Gesundheitszustand Steffies gebot, nach dem Norden in ein Seebad — Norderney oder Sylt, wie der Arzt empfohlen hatte, wo Steffie nicht nur Wasser und Luft, sondern auch Comfort und Zerstreuungen genießen konnte, die er nach einer eingehenden Untersuchung Steffies als besonders nöthig für sie hielt, wenn auch, wie er ausdrücklich betonte, irgend ein Grund zu einer ernstlichen Besorgniß keineswegs vorlag. Was Curt betraf, so befand er sich schon seit längerer Zeit nicht mehr in der Garnison. Im Sommer war beim Regiment der Befehl eingegangen, nach einer auswärtigen Kadettenanstalt einen Offizier als Reitlehrer zu schicken. „Der Richtigste dazu wäre Brockstreek“, sagte damals der Oberst zu Leonie — „er ist unser bester Reiter. Aber jetzt, wo er Steffies Mann ist, wird er keine große Lust mehr dazu haben. Es ist sonst ein angenehmes Commando. Nur unverheirathet muß man dabei sein.“ — „Schicke doch Curt“, warf Leonie ein — „er kommt mir ohnehin etwas hypochondrisch vor. Die Luftveränderung, die neue Umgebung wird ihm gut thun.“ — „Er wird sich nicht von Steffie trennen wollen und sie sich nicht von ihm.“ — „Das können wir ja immer noch sehen.“ Und Leonie hatte Recht. Curt, so sehr dies neue Zeichen der Huld seines väterlichen Gönners ihn fast aus der Fassung brachte, so nahm er es doch schließlich mit glühender Dankbarkeit an, nachdem auch Steffie kein Widerstreben an den Tag gelegt hatte — jedenfalls, weil sie einer so schmeichelhaften Auszeichnung Curts nichts in den Weg legen wollte und weil die Lücke, die sonst Curts Entfernung in ihr Leben eingerissen hätte, nun durch ihre Ehe genügend ausgefüllt war. So war Curt jetzt von ihnen fern. Ueber den Verlauf des kleinen Abschiedsmahles war nicht viel zu sagen. Das junge Ehepaar benahm sich dabei so correct und musterhaft wie immer, so daß der Oberst schon einmal vor Leonie heiter zu den Beiden gesagt hatte: „Nun denkt Ihr wohl, Ihr müßt Euch vor den Leuten Zwang anthun. Seid nur so zärtlich mit einander wie Ihr wollt. Leonie und ich, wir sehen Euch garnicht an.“ Steffie sah in der That blaß aus und nur die bestimmte, erst ganz neuerdings wieder gegebene Versicherung des alten und als zuverlässig erprobten Doctors, daß der Seestrand und die Abwechselung des Badelebens die junge Frau wieder vollständig „fit“ machen würden, wie er als beliebter Pferdefreund das nannte, hielten an dem vertraulichen Tische jede weitere Befürchtung fern. Es war auffallend, wie Steffie in ihrem Aeußeren noch immer einem ganz jungen Mädchen glich, wie nichts in ihren Gesichtszügen an die junge Frau gemahnte. Nur wenn sie für die Straße ein kleines Toquehütchen aufsetzte, täuschte sie über diesen Eindruck hinweg. Diese Merkwürdigkeit gab der kleinen Frau nur einen Reiz noch mehr. Es war ganz erklärlich, wenn die Damen von Brockstreeks verheiratheten Kameraden und voran natürlich die alte Excellenz sie wie das zarte Küchlein unter sich in ihren Schutz nahmen und wenn die Herren es an der Huldigung, die ein so zierlicher Zuwachs verdiente, nicht eben fehlen ließen. Was die Ehe aber aus einem Menschen machen konnte, das sah man an Brockstreek. Er war ernst und solide geworden. Man hätte nicht mehr glauben sollen, was er einmal für ein Schwerenöther gewesen war. Ja, es war schwer geworden, mit ihm auszukommen. Neckereien nahm er beinahe übel. Dafür bekundete er jetzt im Dienst, auch im inneren, über den er früher regelmäßig seine Witze machte, einen Eifer, als wollte er sich zum Streber entwickeln. Steffie konnte wirklich triumphiren. Man sah nur wieder einmal, was die Liebe that. Denn lieben mußten sie sich — unmenschlich! Sonst wäre dergleichen nicht möglich gewesen.

Am nächsten Morgen reiste Leonie mit ihrem Manne ab.

Seit jenem Zwiegespräch war in ihr etwas zurückgeblieben, etwas, was nicht mehr von ihr weichen wollte, ein Druck. (Forts. f.)

die Oberfläche nur allzu sehr gepeitscht hätten, seien doch nicht durchdringend genug gewesen, um in der Demokratie die Erkenntniß ihrer Pflichten und ihrer Interessen erlöschen zu lassen. Das Vertrauen zur Armee, welche niemand und nichts von der Erfüllung ihrer Pflichten abbringen werde, sei nicht erschüttert. Man werde mit Geduld abwarten, bis die Justiz ihr Wort gesprochen habe und werde aus ihrer Hand allein die Wahrheit entgegennehmen, welche für so manches Gewissen eine Erlösung von grausamen Plagen bedeuten werde. (Lebhafter Beifall.)

Deutschland und die Vereinigten Staaten.

London, 7. März. Der „Times" wird aus **Newyork** unterm 6. März gemeldet: Der Wunsch Deutschlands, freundliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu pflegen, bekundet sich wieder durch eine heute hierher (nach Newyork) aus Berlin gekabelte Meldung, die officiös zu sein scheint. Danach soll der Admiral **v. Diederichs thatsächlich in Ungnade gefallen sein.** Prinz Heinrich wurde zum Befehlshaber des deutschasiatischen Geschwaders ernannt, weil der Kaiser wünsche, sich gutgesinnt gegen die Vereinigten Staaten zu zeigen, und glaube, daß der Prinz hier populärer sei. v. Diederichs werde getadelt wegen Mangels an Tact und Unkenntniß der Höflichkeiten im internationalen Flottengebrauche. Er erregte daher Anstoß, ohne es zu beabsichtigen.

Der Agent der amerikanischen „Associated Preß" in Berlin bezeichnet dies als erstes amtliches Eingeständniß, daß Schwierigkeiten vor Manila vorgekommen seien. Wie dem auch sein mag, die Washingtoner Nachrichten aus Berlin lauten ebenso. Die „Philadelphia Preß", die bis vor kurzem von einem Mitglied des Cabinets redigirt worden ist, sagt, der Kaiser habe die deutsche Politik gegenüber den Vereinigten Staaten plötzlich geändert. „Unsere eigene Sphäre ist klar markirt. Innerhalb dieser müssen wir die Vormacht haben, außerhalb dieser haben aus vielen Gründen die deutsche Wohlfahrt und deutscher Fortschritt unsere herzliche Sympathie."

Zur antikatholischen Bewegung in Oesterreich.

Wien, 7. März. Die Meldungen über die Zunahme der Uebertritte zum Protestantismus mehren sich. Man glaubt, die Zahl der Uebertritte dürfte bald 10 000 erreichen. In Innsbruck traten am Sonntag abermals acht Personen öffentlich zum Protestantismus über, nächsten Sonntag folgen weitere Uebertritte. Gestern fand hier eine von katholischer Seite veranstaltete große Protestversammlung gegen die Uebertrittsbewegung statt. Der tiroler Abgeordnete Schöpfer bekämpfte das Schlagwort: „Deutsch sein, heißt lutherisch sein", und sagte, der Ruf „Los von Rom" bedeute auch „Los von Oesterreich". Prinz Liechtenstein sprach gegen die Umtriebe Schönerers in Nordböhmen. Lueger behauptete, Wien habe von Rom nur Wohlthaten erfahren. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche die Anhänglichkeit an die katholische Kirche gelobt und die Feinde der Kirche als Feinde Oesterreichs bezeichnet. Ein Begrüßungsschreiben sandte u. a. der Hamburger norddeutsche Jugendbund.

Italien und die Auftheilung Chinas.

Rom, 8. März. Der „Tribuna" zufolge nahm der Ministerrath mit Befriedigung Kenntniß von einem Exposé Canevaros über die Haltung der Regierung in der chinesischen Angelegenheit und sprach die Ueberzeugung aus, daß der zur Besetzung der Sanmunbai aufgestellte Plan verwirklicht wird.

Die italienischen Kriegsschiffe „Marco Polo" und „Elba" befinden sich in Tschifu. Die Schiffe „Amerigo Vespucci" und „Aetna" sind auf dem Wege nach Hongkong. Der „Stromboli" wird von Venedig nach China in See gehen.

Die amerikanischen Seestreitkräfte bei den Philippinen.

Das nach Manila bestimmte amerikanische Schlachtschiff „Oregon" hat nach seiner Ankunft in Honolulu am 6. Februar dort etwa zwei Wochen die Reise unterbrochen, um seine Maschinen zu untersuchen und in Stand zu setzen. Inzwischen ist am 20. Februar in Manila das amerikanische Kanonenboot „Helena" nach einer Reise von 106 Tagen von Boston aus durch den Suez-Kanal angekommen. Ihm folgen noch die gleichfalls nicht tiefgehenden Kanonenboote oder kleinen Kreuzer „Castine", „Bennington", „Yorktown" und „Princeton", so daß der Admiral Dewey dann über eine Flottille von Fahrzeugen verfügt, die für die Kriegführung in den flachen Gewässern bei den Inseln sehr geeignet sind. Zu dieser Flottille treten noch die genommenen kleinen spanischen Kreuzer „Isla de Cuba" und „Isla de Luzon" nach Vollendung ihrer Ausrüstung in Hongkong hinzu.

Deutsches Reich.

Berlin, 8. März. Wegen des Abdrucks der **antisemitischen Reden des Grafen Pückler** ist das Strafverfahren nicht nur gegen die „Staatsbürger-Zeitung" eingeleitet, sondern auch gegen den „Deutschen General-Anzeiger" des Hrn. Sedlatzek. Confiscirt wurde auch das „Osterflugblatt" des Sedlatzek'schen Blattes.

* **[Die Beisetzung der sterblichen Ueberreste des Fürsten Bismarck]** ist, wie schon gemeldet, endgiltig auf den 1. April, den Geburtstag des Fürsten, festgesetzt worden. Das Mausoleum ist jetzt im Rohbau vollständig fertig und von den Gerüsten befreit. Der Bau besteht aus einem sechseckigen Thurm von massiger Höhe und der Gruftkirche, an die sich ein chorartiger Anbau anschließt. Die ganze Kapelle steht auf einem hohen Sockel aus Feldsteinen. An der Südseite des Schiffes ist das Portal angeordnet. Dasselbe wird von einem hohen Giebel überragt. Die Nordseite des Schiffes zeigt ein Bogenfenster, wie der ganze Bau überhaupt romanische Formen zeigt. Der Thurm wird von einem spitzen, aber mäßig steilen sechseckigen Dach, das Schiff ebenfalls von einem spitzen Dach, der Chor von einem runden Dach abgeschlossen. Die Ruhestätte des Fürsten und der Fürstin ist im Thurme vorgesehen. Die Familiengruft befindet sich in einem westlichen Anbau des Thurmes. Das Schiff der Kirche wird als Kapelle eingerichtet. Der ganze Bau macht mit seiner schlichten Formengebung einen ernsten, würdigen Eindruck.

* **[Zu dem Gesetzentwurf betr. die Waarenhaussteuer]** haben als Vertreter von 20 000 Handel- und Gewerbetreibenden die Delegirten des „Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden" und des „Centralvereins selbständiger Gewerbetreibender von Berlin" in einer Berathung Stellung genommen. Es wurde folgende Erklärung vereinbart:

Wenn die Bestimmungen des Gesetzentwurfs über die Waarenhaussteuer den durch die Presse veröffentlichten Vorschlägen entsprechen, so berücksichtigt das Gesetz keineswegs die Wünsche der Interessenten. Die Vorschläge treffen vielmehr eine große Anzahl von Specialgeschäften sowie Gemischtwaarengeschäften mit geringen Umsätzen, die thatsächlich geschützt und nicht besteuert werden sollten, und geben ferner zu der Befürchtung Anlaß, daß die Steuer auf die Angestellten abgewälzt werden könnte. Die Umsatzziffern, das entscheidende Merkmal hierbei, sind anscheinend nicht genügend gewürdigt worden. Aus diesen Gründen können die gesammten Vereine, die den Berliner gewerblichen Mittelstand vertreten, sich durchaus nicht für eine Waarenhaussteuer, die auf den von der Regierung ins Auge gefaßten Gesichtspunkten der Raum- und Personalverhältnisse in Verbindung mit einer Brancheneintheilung beruht, begeistern und sie als geeignet ansehen, die offenbaren Schäden zu beseitigen. Der Entwurf trifft durchaus nicht den Kern der Sache und entspricht auch nicht dem in der Thronrede zum Ausdruck gekommenen Gedanken der ausgleichenden Gerechtigkeit.

Italien.

Rom, 8. März. Die „Italie" sagt, **Acciarito** habe gestanden, daß ein **Attentat** gegen den König **geplant** gewesen ist und der **Mörder** durch das Loos bestimmt worden sei.

Belgien.

Brüssel, 8. März. Nach den heute früh über das **Befinden der Königin** veröffentlichten Bulletins hat die Königin mehr Schlaf gehabt. Die günstigen Anzeichen treten bestimmter hervor.

Coloniales.

* **Aus Mombasa** sind Meldungen eingetroffen, daß in mehreren großen Districten des **britisch-ostafrikanischen Protectorats Hungersnoth** ausgebrochen ist. Das Getreide auf den Feldern ist von Heuschrecken vor der Ernte vernichtet worden. Die Ortsbehörden und Missionsgesellschaften thun ihr Aeußerstes, um dem Elend vorzubeugen, allein es gilt nicht für unwahrscheinlich, daß ein Aufruf an das englische Volk zur Hilfeleistung nothwendig sein werde.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 8. März.

Wetteraussichten für Donnerstag, 9. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig mit Sonnenschein, kälter. Frische Winde. Strichweise Niederschläge. Sturmwarnung.

* **[Stadtverordneten-Sitzung am 7. März.]** Vorsitzender Herr Berenz; als Vertreter des Magistrats fungiren die Herren Ober-Bürgermeister Delbrück, Stadträthe Toop, Dr. Damus, Dr. Bail, Dr. Ackermann, Voigt, Gronau, Hein, Mitzlaff.

Stadtv. Dr. Tornwaldt zeigt an, daß eine Reise nach Italien ihn bis zum 8. Mai der Theilnahme an den Geschäften der Versammlung entziehe. Von den Protokollen über die allmonatliche und eine am 22. Februar abgehaltene außerordentliche Revision des städtischen Leihamts nimmt die Versammlung Kenntniß. Sie genehmigt dann die Verpachtung einer Ackerparzelle bei Schidlitz an den Eigenthümer Johann Krischewski zu Schidlitz für jährlich 42 Mark Pacht auf sechs Jahre; ferner die Pensionirung des Herrn Professors Dr. Kreutz nach 34jähriger Lehrthätigkeit unter Bewilligung einer Jahrespension von 4329 Mark vom 1. April d. Js. ab.

Zum genauen persönlichen Studium der Reformschul-Einrichtungen hatten sich auf Veranlassung des Magistrats und des Provinzial-Schulcollegiums die Herren Gymnasialdirector Prof. Dr. Kahle und Realgymnasialdirector Dr. Meyer nach Frankfurt a. M., Hannover und Altona begeben. Zu den Kosten dieser Informationsreise ist aus der Staatskasse ein Beitrag von 600 Mk. gezahlt worden. Da sie 900,56 Mk. betragen haben, entfällt auf die Stadt der Rest mit 300,56 Mk., welcher heute von der Versammlung bewilligt werden.

Schließlich beantragt der Magistrat, als Gabe der Stadt Danzig für das Bethaus in Heubude dem Herrn Pfarrer Schickus daselbst 300 Mk. aus dem Extraordinarium des Kämmereifonds zu bewilligen.

Stadtv. **Schmidt** bemerkt, er habe gegen die Bewilligung der Gabe an und für sich nichts einzuwenden. Nur fragt es sich, ob man nicht mit der Bewilligung einen Präcedenzfall schaffe und, wenn für eine andere Confession ein Bethaus gebaut werden solle, sich durch den heutigen Beschluß nicht binden werde. Redner glaubt auch nicht der Motivirung der Vorlage zustimmen zu können, in der es heißt, die Bewilligung erfolge auf Grund des socialen Wirkens des Herrn Pfarrers Schickus. Das scheine ihm nicht in die Vorlage zu gehören. Wenn die Stadt die 300 Mk. bewillige, so geschehe das, weil sie Gutsherr des Rieselfeldes sei, und nicht aus irgend welchen politischen Rücksichten. Stadtv. Dr. **Liévin** beantragt, die Vorlage abzulehnen. Er könne eine moralische Verpflichtung der Stadt zu einer Beihilfe nicht anerkennen und die angeführten Motive nicht für durchschlagend erachten. — Oberbürgermeister **Delbrück** entgegnet auf die Bedenken des Herrn Schmidt, daß die Patronatsrechte und die Patronatspflichten der Stadt gesetzlich festständen, durch die Bewilligung der 300 Mk. werde kein Präcedenzfall für einen etwaigen späteren Kirchenbau geschaffen. Die vorgebrachten Bedenken seien auch im Magistrat und in der Kämmereideputation aufgetaucht und erwogen worden. Es handle sich hier nicht um ein organisirtes Kirchspiel und auch weniger um Unterstützung des Kirchenbaues als der sehr anerkennenswerthen Thätigkeit des Herrn Pfarrers Schickus, der durch Kinderhort, sociale Fürsorge für seine Gemeinde im Interesse des Friedens sehr verdienstvoll wirke. Gerade diese Thätigkeit wolle man durch die Beihilfe fördern. — Nachdem noch die Stadtv. Dr. **Lehmann**, Syring und Steffens Bedenken gegen den Antrag in der vorliegenden Form geäußert, erklärten sich alle Redner und auch der Magistrat mit der von Herrn Steffens beantragten Fassung einverstanden, die 300 Mk. zur Förderung der Bestrebungen des Herrn Pfarrers Schickus in Heubude diesem zu bewilligen. Mit diesem Amendement wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Die Versammlung setzte dann die Berathung von Special-Etats pro 1899 fort. Es gelangen dabei heute folgende Einzel-Etats in erster Lesung zur Festsetzung:

1) **Etat der städt. Markthalle: Einnahme incl. eines durchlaufenden Postens von 33 500 Mk. 105 700 Mk.** (darunter Standgelder und Miethen 72 010 Mk.); Ausgabe entsprechend der Einnahme, davon aber 33 500 Mk. zur Tilgung eines Vorschusses der Kämmerei-Kasse, 18 265 Mk. zur Verzinsung und Tilgung der Anlagekosten, 14 000 Mk. zum Reserve- und Erneuerungsfonds. — **Der Etat wird ohne Debatte unverändert genehmigt.**

2) **Etat des Lazareths am Olivaerthor: Einnahme** aus Kapitalvermögen und Grundbesitz 42 047 Mk., aus Kur- und Verpflegungsgeldern 35 190 Mk., sonstige Einnahmen 22 563, zusammen 100 900 Mk.; Ausgabe insgesammt 172 950 Mk. (darunter Gehälter und Löhne 39 310, Verpflegung 61 920, Medicamente etc. 13 720, Wäsche und Betten etc. 17 950 Mk.), städtischer Zuschuß also 72 050 Mk. — Bei diesem Etat entsteht — zunächst betreffs des **Wärterpersonals** — eine einstündige Debatte, aus der wir Folgendes hervorheben:

Stadtv. **Liévin als Referent** regt an, den Verpflegungssatz von 1 **Mk.**, den die verschiedenen Krankenkassen **zahlen, zu erhöhen**. Die Krankenkassen könnten jetzt diese Unterstützung, die ihnen durch den billigen Verpflegungssatz zu Theil werde, größtentheils entbehren. Sei doch bereits eine Krankenkasse in der Lage, in Heubude ein Reconvalescentenheim zu bauen. Dieses Heim entstehe auf Kosten der Stadt in Folge des billigen Verpflegungssatzes.

Oberbürgermeister **Delbrück** war zweifelhaft, ob der Zeitpunkt, mit einer Erhöhung des Verpflegungssatzes vorzugehen, schon gekommen sei. Redner verwies auf den im Jahre 1894 vom Magistrat eingebrachten Antrag, diesen Satz von 1 Mk. auf 1,25 Mk. zu erhöhen, der nach lebhaften Debatten von der Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt worden sei. Die großen Krankenkassen könnten zwar ganz gut einen höheren Verpflegungssatz zahlen, aber es bestände noch eine Reihe kleinerer Kassen, bei denen er im Zweifel sei, ob sie dieses Plus zu tragen in der Lage seien. Von Seiten des Magistrats dränge man dahin, daß die kleinen Kassen verschwinden und zu großen zusammengelegt werden möchten. Mit der Zeit, wenn das sich vollzogen habe, werde sich die Frage in Betreff des Verpflegungssatzes von selbst regeln. Die Erwägung des Herrn Stadtv. Liévin sei vollständig begründet. Er halte aber dafür, daß es kein Unglück wäre, wenn ein Reconvalescentenheim durch billigen Verpflegungssatz in den städtischen Krankenhäusern auf Kosten der Stadt erbaut werde. Wahrscheinlich werde der Magistrat Veranlassung nehmen, wegen Ueberlassung eines Grundstückes in Heubude für das Reconvalescentenheim demnächst an die Stadtverordneten-Versammlung heranzutreten. Es sei nur mit Freuden zu begrüßen, daß sich eine Krankenkasse zu dem Gedanken aufgerafft habe, ein Reconvalescentenheim zu erbauen.

Nachdem dann Stadtv. **Liévin** betont hatte, daß er durchaus nicht mit seinen Ausführungen der Krankenkasse einen Vorwurf habe machen wollen, setzte Stadtrath **Voigt** in längerer Rede auseinander, daß es der betreffenden Kasse nicht darauf ankommen würde, einen höheren Verpflegungssatz zu zahlen. Die betreffende Krankenkasse sei nicht in die Höhe gekommen, weil sie billige Sätze in den städtischen Krankenhäusern habe oder weil sie ihre Aerzte schlecht bezahle, sondern in Folge ihrer vorzüglichen Verwaltung. Eine Erhöhung der Kurkosten könne nicht gut vorgenommen werden, weil andere Krankenhäuser, wie das Diakonissenkrankenhaus und das St. Marienkrankenhaus, auch nicht mehr als 1 Mk. als Verpflegungssatz pro Tag verlangten.

Stadtv. **Wanfried** war der Ansicht, daß sowohl das Diakonissenkrankenhaus wie das St. Marienkrankenhaus nur, um einer Concurrenz der städtischen Krankenhäuser vorzubeugen, nur 1 Mk. Verpflegungsgebühr für die Krankenkassen erhöben. Bestehen könnten die beiden genannten Anstalten nicht mit dem Satz von 1 Mk.

Stadtv. Dr. **Lehmann** glaubte, gerade weil das Diakonissenkrankenhaus und das Marienkrankenhaus mit dem Satze nicht bestehen könnten, solle die Stadt mit der Erhöhung des Verpflegungssatzes getrost vorgehen.

Oberbürgermeister **Delbrück** versicherte schließlich, ohne vorher Fühlung mit den beiden Krankenhäusern genommen zu haben, werde man mit der Erhöhung des Verpflegungssatzes nicht vorgehen.

Der Referent Stadtv. **Liévin** wies darauf hin, daß die Löhne für das Wärterpersonal höher angesetzt worden seien. Die Diakonieschwestern, die zuerst im chirurgischen Lazareth zur Verwendung gelangten, hätten nun auch den Wärterdienst im Lazareth am Olivaerthor übernommen und entsprächen völlig den gehegten Erwartungen. Durch diese neue Organisation seien eine Küchenaufwärterin und eine Wäscheaufseherin in Fortfall gekommen, denn die Schwestern vom Diakonieverein hätten auch diese Beschäftigung gern übernommen. An Kosten habe sich zwar ein Mehr von 5582,75 Mk. ergeben, man verfüge jetzt aber über eine bessere Qualität des Wärterpersonals und habe elf Personen mehr wie früher. Rechne man die durch den Diakonieverein in Fortfall gekommenen beiden Stellen (Küchenaufwärterin und Wäscheaufseherin) ab, so ergebe sich nur ein Mehr von 4092,75 Mk. Dafür hätten sich die Verhältnisse wesentlich gebessert. Die Klagen der Kranken über mangelhafte Wartung, welche früher vielfach geführt wurden, seien jetzt gänzlich verstummt.

Stadtv. **Schmidt** verlangt nähere Auskunft darüber, wie es komme, daß der Titel Gehälter und Löhne des Wärterpersonals innerhalb zweier Jahre um das Doppelte gestiegen sei. Als der Magistrat seiner Zeit die Vorlage über die Neuorganisation gemacht, habe sich ein solches Anschwellen der Ausgaben nicht übersehen lassen. 1897 seien für diesen Titel 5440 Mk., 1898 7070 Mk., jetzt 10 100 Mk. ausgesetzt worden. Redner wendet sich dann gegen die Lernschwestern; das seien ganz junge Mädchen, die sehr häufig wechselten. Ohne Kündigung würden dieselben eingestellt, sie gingen daher auch, wie es ihnen beliebte. Es sei ein stetes Kommen und Gehen und jetzt noch schlimmer wie früher mit den Dienstmädchen, die doch wenigstens eine sechswöchige Kündigungsfrist hätten einhalten müssen. Hätten die Lernschwestern etwas gelernt, dann schieden sie ebenfalls aus und widmeten sich der Privat-Krankenpflege. Die bewährten Wärterinnen, welche noch Herr Dr. Baum ausgebildet habe, seien dagegen aus dem Lazareth entfernt und durch die Krankenpflegerinnen des Professors Zimmer aus Herborn brodlos gemacht worden. Die früheren Wärterinnen hätten bei ihrem Ausscheiden durch Unterschrift erklären müssen, keine Ansprüche mehr an die städtischen Krankenanstalten zu haben. Jetzt thäte es ihnen schon leid, daß sie etwas derartiges unterschrieben hätten, da sie nur sehr schwer Beschäftigung erhalten könnten. Schließlich befürwortet Redner, wenn Stellen in den städtischen Krankenhäusern frei würden, dieselben doch mit früheren Krankenwärterinnen, die tüchtig in der Krankenpflege gewesen, zu besetzen und auch in der neuen Aera wieder das alte Personal, das über den Verlust seiner Stellen jammere, zu beschäftigen.

Oberbürgermeister **Delbrück** erklärte auf diese Auslassung, er verstehe Herrn Schmidt nicht ganz. (Ruf: Sehr richtig!) Herr Schmidt habe gesagt, es sei 1898, als man beschlossen, die Schwestern vom Diakonieverein einzuführen, nicht zu übersehen gewesen, daß sich die Ausgaben so erheblich steigern würden. Die Richtigkeit dieser Aeußerung müsse er positiv bestreiten. Der verstorbene Stadtrath von Rozynski habe vielmehr in einer ganz detaillirten Vorlage auf Heller und Pfennig berechnet, wieviel mehr die Stadt für diese Zwecke im Jahre 1899 aufzubringen haben werde. Eine Erhöhung der Löhne sei schon vor Anstellung der Diakonieschwestern beschlossen worden, es hätten sich aber selbst zu den höheren Löhnen genügend qualificirte Wärterinnen in ausreichender Anzahl nicht gemeldet. In der erwähnten Vorlage sei auch der ohne die Diakonieschwestern erforderliche höhere Lohnaufwand genau angegeben gewesen. Daß sind die Differenzen, von denen Herr Schmidt sagt, daß es nicht möglich gewesen, sie zu übersehen. Es thut mir leid, daß Herr Schmidt, wenn er sich heute über diese Zahlen wundert, es nicht schon früher gesagt hat, wir würden ihm diese Zahlen schon damals vorgehalten haben. Das frühere Personal habe doch nicht als hervorragend in Bezug auf seine Qualität gelten können. Hätte doch früher sogar in einer Zeitung gestanden, das Personal sei „ungeeignet und unfähig"; es herrschten „unglaubliche Zustände" in dem Lazareth. Heute suche es Herr Schmidt so darzustellen, als wenn die früheren Wärterinnen durch die Härte des Magistrats aus ihrer Stellung gebracht seien. Davon könne keine Rede sein. Auch das frühere Personal sei kein ständiges gewesen und habe gewandert wie die Zugvögel. Einige hätten aus Gründen entlassen werden müssen, die sich öffentlich garnicht erörtern ließen, und von denen viele der Stadtverordneten gar keine Ahnung hätten. Es seien in den Anstalten von Seiten des Wärterpersonals Dinge vorgekommen, die eine Entlassung auf Knall und Fall gerechtfertigt erscheinen ließen. Für einzelne, alte, tüchtige Pflegerinnen habe sich der Magistrat bemüht, ihnen anderweitige Verwendung zu besorgen. So habe Herr Dr. Barth dafür gesorgt, daß die erprobte Oberwärterin im Operationssaal anderswo ein Unterkommen gefunden habe. Die Oberwärterin der Männer- oder Frauenstation des Lazareths in der Sandgrube sei ferner noch bis vor kurzem in dem Lazareth am Olivaerthor beschäftigt gewesen. Sie sei aber jetzt ausgeschieden, und zwar in allem Frieden mit dem Diakonieverein, der Grund ihres Ausscheidens liege darin, daß sie selbst sich unter den veränderten Verhältnissen nicht wohl befunden habe, weil sie sich nicht in den neuen Organismus einleben konnte. Die betreffende Oberwärterin erklärte selbst, sie fühle sich deplacirt und wünsche zu gehen. Auch für sie sei in anderer Weise gesorgt worden. Das übrige Personal, das man entlassen, sei doch nicht auf Lebenszeit angestellt gewesen, sondern auf Kündigung. Es habe selbst von der Kündigung zu aller Zeit ausgiebigsten Gebrauch gemacht. Diesem Personal sei rechtzeitig gekündigt worden, und zwar mit größerer als der vertragsmäßig festgesetzten Frist. Daß man den Entlassenen einen Revers zur Unterschrift vorgelegt, habe nur an der peinlichen Sorgfalt gelegen, mit der Herr Stadtrath v. Rozynski alle ihm obliegenden Geschäfte erledigt habe. Sich durch diesen Revers eine Verpflichtung, rechtmäßige Ansprüche zu erfüllen, vom Halse zu schaffen, daran habe der Magistrat nicht im entferntesten gedacht. Mit aller Entschiedenheit müsse er es zurückweisen, daß dem Magistrate insinuirt wird, er hätte in ungerechter Weise das frühere Personal aus den Stellungen in den städtischen Krankenanstalten herausgedrängt. Im Gegentheil, es sei völlig correct verfahren worden, der Magistrat habe alles gethan, was in seinen Kräften stand, das brauchbare Personal zu versorgen. Daß die jetzige Zusammensetzung des Wärterpersonals günstiger sei als früher, unterliege keinem Zweifel. Er habe sich schon so oft über den Diakonieverein und seine Lehrziele ausgesprochen, daß er es eigentlich gar nicht nöthig habe, nochmals darauf zurückzukommen. In Folge der Ausführungen des Herrn Schmidt sehe er sich aber genöthigt, das, was er bereits in der Stadtverordnetensitzung wenigstens fünfmal gesagt habe, heute nochmals vorzutragen. Der Diakonieverein stelle principaliter als Lehrschwestern nur solche Damen ein, die im Seminar ihre Studien gemacht, gewisse Prüfungen bestanden und sich an speciellen Cursen in der Centralstelle zu Berlin betheiligt haben. Die Lernschwestern, jene jungen Mädchen, von denen Herr Schmidt gesprochen, müßten sich auf ein Jahr verpflichten, sie gingen also nicht, wie sie wollten. Er könne nur das Eine sagen, er kenne die städtischen Lazarethe seit $1^1/_2$ Jahren sehr genau, er habe sie unvermuthet des öfteren revidirt, selbst Kinder im Lazareth gehabt u. s. w.: der Diakonieverein bewähre sich ausgezeichnet. Mit einer gewissen Aengstlichkeit habe er die Neuorganisation durch den Diakonieverein kommen sehen, aber seine Erwartungen, die er von der Zuverlässigkeit dieses Vereins gehegt, seien noch übertroffen worden. Richtig sei, daß im Lazareth am Olivaer Thor anfangs ein gewisser Wechsel im Personal vorgekommen sei. Aber eine aus dem Zusammentritt verschiedener Compagnien neu formirte Truppe brauche auch Zeit, bis alles mit und gegen einander eingeübt sei. So gehe es auch hier. Hiermit glaube er Herrn Schmidt eine reichliche Antwort ertheilt zu haben. (Beifall.) Redner theilt dann zum Schluß aus den Acten der Verwaltung die Berechnungen des Hrn. v. Rozynski mit, die mit den Positionen des Etats im wesentlichen übereinstimmen.

Stadtv. **Schmidt** erklärte darauf, er glaube zu seinen Ausführungen berechtigt gewesen zu sein. Herr Oberbürgermeister Delbrück habe ihm in sehr gereizter Weise (Gelächter, Rufe: „Oho!") geantwortet. Es seien ihm viele Klagen der früheren Wärterinnen zu Ohren gekommen und selbst solche Damen bei ihm gewesen, um sich zu beschweren. (Rufe: Aha!) Nicht in der Zeitung habe es gestanden, daß das Wärterpersonal ungeeignet gewesen, sondern von einem Gerichtshof in Danzig sei es ausgesprochen worden, daß die Verhältnisse im Olivaerthor-Lazareth bedenkliche seien. Es habe ihm fern gelegen, dem Lazareth irgend welchen Vorwurf zu machen, und wenn der Magistrat gegen Verdächtigung der Zustände im städtischen Lazareth vorgegangen sei, so habe er das für ganz richtig gehalten.

Stadtrath Dr. **Bail** führte dann aus dem vorliegenden Etat den Nachweis, daß von einer Verdoppelung der Ausgaben absolut nicht die Rede sein könne. Die Erhöhung hänge mit der Steigerung der Löhne zusammen, die schon beschlossen gewesen, als man noch gar nicht an die Einführung des Diakonievereins dachte. Daß die Verhältnisse im Wärterpersonal sich gebessert, sei keine Frage. Wer sich darüber informiren wolle, brauche bloß im Publikum herumzuhören. Es sei doch auch wohl klar, daß Lernschwestern, die aus Liebe zur Sache den Beruf der Krankenpflege ergreifen und mit großem Eifer sich ihrer Lebensaufgabe hingeben, ganz anders wie frühere Dienstmädchen sich den Kranken widmeten.

Oberbürgermeister **Delbrück**: Stadtv. Schmidt habe gesagt, er (Redner) hätte in gereizter Weise geantwortet. (Zwischenruf: „In so reizender Weise!" Heiterkeit.) er wisse sich jedoch frei von aller Gereiztheit. Wenn Herr Schmidt ferner bezweifelt, daß in den Zeitungen von den „horrenden Zuständen" im Lazareth die Rede gewesen, so könne er dagegen anführen, daß er selbst in Tarasp in der „Voss. Ztg." das gelesen habe. Ein Amtsanwalt habe so etwas hier vor dem Schöffengericht ausgesprochen und als Milderungsgrund für die wegen des bekannten Tumults im Lazareth vor dem Olivaerthor angeklagten Personen hingestellt. Natürlich habe er sofort Erhebungen veranlaßt und der Magistrat habe gegen den betreffenden Amtsanwalt Beschwerde geführt. Der Amtsanwalt habe in Folge dessen von seinem Vorgesetzten einen scharfen Verweis erhalten. Außerdem sei festgestellt worden, daß hinter den Zeitungsgerüchten kein ernsthafter Anhalt steckte. Die Sache habe sich vielmehr in Nichts aufgelöst. Die „Danz. Allg. Ztg." habe die Nachricht zuerst in die Welt gesetzt. Er würde auch gegen diese Zeitung strafrechtlich vorgegangen sein, wenn sich nicht aus den angestellten Verhandlungen ergeben hätte, daß die betr. Redaction sich wohl in dem Glauben befunden habe, es hätte sich um thatsächliche Feststellungen gehandelt. Die „D. Allgem. Ztg." habe damals geschrieben: „Der Gerichtshof hat constatirt, daß im Lazareth vor dem Olivaerthor unglaubliche Zustände herrschen." Das hätte er unmöglich auf der städtischen Verwaltung sitzen lassen können und deshalb sei er sofort vorgegangen. Außerdem habe aber auch der Herr Regierungspräsident ausdrücklich anerkannt, daß von horrenden Mißständen nicht die Rede sein könne. Einzelne kleine Uebelstände im Lazareth am Olivaerthor habe der Magistrat in seinem Bericht dem Herrn Regierungspräsidenten von vornherein klargelegt, zumal der Magistrat auch nicht für dieselben verantwortlich gemacht werden könne. Sie seien eben durch die baulichen Anlagen bedingt.

Stadtv. **Brunzen**: Die „D. Allg. Ztg." sei die einzige Zeitung in Danzig gewesen, die den Muth (!!) gehabt habe, einen solchen Artikel (!!) zu bringen. Der Artikel habe aber keineswegs einen Angriff auf den Magistrat darstellen sollen, dieser Angriff auf den Magistrat sei von Seiten des Gerichtshofes erfolgt. Der Amtsanwalt habe in seinem Plaidoyer gesagt, es herrschten in dem Lazareth vor dem Olivaerthor solche Zustände, welche die angeklagten Leute ent-

schuldigten. Das Schöffengericht sei dieser Auffassung beigetreten und habe die angeklagten Frauenspersonen zu der geringst zulässigen Strafe verurtheilt. Diese Gerichtsverhandlung habe die „D. Allg. Ztg.“ ohne Randglossen abgedruckt. Der Bericht sei durchaus objectiv gewesen. Aus Rücksicht für den Magistrat habe die „D. Allg. Ztg.“ dann später auch die stenographische Nachschrift der folgenden, die Sache klarstellenden Gerichtsverhandlung gebracht, so schwer und peinlich es ihr auch mit Rücksicht auf den zur öffentlichen Erörterung wenig geeignetem Inhalt gewesen sei. Daß horrende Mißstände zu Tage getreten seien, sei zu stark, aber Uebelstände hätten sich doch gezeigt.

Oberbürgermeister **Delbrück** las nun Herrn Brunzen die einleitenden und resumirenden Sätze aus den Artikeln der „D. Allg. Ztg.“ vor, welche diese im letzten Sommer über die angeblich „unglaublichen Zustände“ im Lazareth am Olivaerthor gebracht hat.*) Als einen objectiven Bericht werde schwerlich jemand das gelten lassen wollen und ebenso wenig sei das von der „Danz. Allg. Ztg.“ Angeführte wahr oder auch nur festgestellt gewesen, obwohl sie von festgestellten „unglaublichen Zuständen“ sprach. Redner verlas auch das Urtheil des Gerichtshofes über diese Art der Berichterstattung, welches bekanntlich dieselbe ziemlich scharf rügte. Es sei in dem Bericht von „bedenklichen Thatsachen“ die Rede, welche die „Verhandlung ans Tageslicht gefördert“ habe. Es sei überhaupt kein thatsächlicher Bericht gewesen, sondern eine Reihe von Einleitungen, die ein unbegründetes Urtheil enthielten. Die „D. Allg. Ztg.“ habe die Sache in einer das Publikum packenden und den Magistrat blamirenden Weise (Große Heiterkeit) aufgegriffen. Das nenne Herr Brunzen „objectiv!“ Dagegen habe er sich gewehrt, und es würde ihn freuen, wenn der „Danz. Allg. Ztg.“ nun die Lust vergangen sei, in Zukunft den Magistrat mit solchen vagen Urtheilen statt mit Thatsachen anzugreifen. (Beifall.)

Nachdem dann Stadtv. **Fuchs** erklärt hatte, auch den „Danz. Neuest. Nachr.“ sei ein ähnlicher Artikel, wie er in der „Danz. Allg. Ztg.“ gestanden, zugegangen, er habe aber die Aufnahme desselben verweigert, weil er das für keinen Bericht hielt, bat Stadtv. **Brunzen**, den ganzen Artikel der „Danz. Allg. Ztg.“ zu verlesen. Die Stadtverordneten-Versammlung verzichtete aber auf diesen Genuß.

3) Etat des **Stadtlazareths in der Sandgrube.** Einnahme 60 870 Mk. (darunter Kur- und Verpflegungsgelder 58 580), Ausgabe 165 940 Mk. (darunter Gehälter und Löhne 29 300, Beköstigung 69 900, Medicamente 21 830, Kleider, Wäsche, Betten etc. 21 650), mithin Zuschuß aus der Kämmereikasse 105 070 Mk. — Der Etat wird nach einigen kurzen Erörterungen unverändert angenommen.

4) Etat des **Arbeits- und Siechenhauses.** Einnahme 31 070 Mk. (darunter Arbeitsgewinn 9350, Kur- und Verpflegungsgelder 20 800), Ausgabe 112 980 Mk. (darunter Gehälter und Löhne 24 684, Beköstigung 62 214, Kleider, Betten, Wäsche 6370, Medicamente 2950), städtischer Zuschuß also 81 910 Mk. Auch dieser Etat gelangt ohne wesentliche Debatte unverändert zur Feststellung.

5) Etat der **Wasserleitung und Canalisation.** Einnahme 526 040 Mk. (darunter Wasserzins 405 445, Pachtzins vom Rieselfeld 17 617), Ausgabe 275 440 Mk., mithin Ueberschuß 250 600 Mk. Von der Ausgabe entfallen 53776 Mk. auf den ganzen Verwaltungszweig, ca. 91 000 Mk. auf die Wasserleitung, ca. 66 202 Mk. auf die Canalisation. Es erfolgt unveränderte Annahme des Entwurfs.

In nichtöffentlicher Sitzung wird für die Tochter eines verstorbenen städtischen Unterbeamten eine Erziehungsbeihilfe von 100 Mk. bewilligt, dann zum stellvertretenden Bezirksvorsteher des 25. Stadtbezirks Herr Kaufmann Heinrich Schacht, desgleichen des 18. Stadtbezirks Herr Eigenthümer Lech, zum Vorsteher der 17. Armen-Commission Herr Apotheker Otto Goetz, zum Mitgliede der 6. Armen-Commission Herr Fabrikant Hugo Anger, zum Mitgliede der Schätzungs-Commission bei Ausbruch von Viehseuchen Herr Fleischermeister Annacker jun. (an Stelle seines wegen hohen Alters zurückgetretenen Vaters) gewählt.

* **[Kreistag.]** Am 25. d. M. hält der Kreistag des Kreises Danziger Höhe eine Sitzung ab. Außer Vornahme von Wahlen etc. soll Beschluß über die Gewährung einer dauernden laufenden Unterstützung an das Diakonissen-Mutterhaus, über die Gewährung von Geldmitteln zur Bekämpfung der Augengranulose, über die Aufnahme eines Darlehns von 40 000 Mk. zur Instandsetzung eines Theiles der Chaussee Leegstrieß-Ramkau, sowie über den Ausbau einer Chaussee von Meisterswalde über Domachau, Lissau, Kl. Bölkau, Goschin in der Richtung auf Straschin gefaßt werden.

* **[Panzerkanonenboots-Division.]** Herr Corvetten-Capitän Deubel hierselbst ist unter Belassung in der Stellung als Commandant des Panzerkanonenboots „Skorpion“ zum Chef der Panzerkanonenboots-Division auch für den bevorstehenden Sommer ernannt worden.

* **[Geeschießübungen]** des Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 2 werden in diesem Sommer stattfinden: des 1. Bataillons in Swinemünde vom 4. bis 24. August, des 2. Bataillons in Neufahrwasser vom 4. bis 26. August und des 3. Bataillons in Pillau vom 7. bis 26. August.

* **[Brennerei-Berufsgenossenschaft.]** In der am Sonnabend unter dem Vorsitze des Herrn v. Nitykowski abgehaltenen Sitzung der Section II der Brennerei-Berufsgenossenschaft wurde zunächst eine Uebersicht über die Geschäftslage der Section II für das Jahr 1898 gegeben, der wir nach dem jetzt erschienenen Protokoll Folgendes entnehmen:

Der Genossenschaft gehörten 532 Betriebe an und zwar 303 Brennereien, 168 Molkereien, 23 Stärkefabriken, 21 Destillationen und Liqueurfabriken, 8 Spritfabriken, 7 Essigfabriken, 1 Preßhefefabrik, 1 Melasse-Futter-Rösterei. Es hat mithin eine Vermehrung von 47 Betrieben stattgefunden. Es kamen im ganzen 62 Unfälle zur Anzeige und zwar 31 im Brennereibetriebe, 17 im Molkereibetriebe, 5 im Destillationsbetriebe, 2 in der Spritfabrik, 5 in der Stärkefabrik, 2 in der Essigfabrik. An Bescheiden wurden: 24 betr. Entschädigungsfeststellung, 31 betr. Aenderung der früheren Feststellung, 6 betr. Beginn und Ende der Krankheitsbehandlung, 10 betr. Ablehnung des Anspruchs erlassen. Bei dem Schiedsgericht in Danzig wurden 19 Berufungen eingelegt, von denen 5 abgewiesen wurden. In vier Fällen wurde die Genossenschaft verurtheilt, dem Kläger eine höhere Rente zu zahlen. In vier Fällen einigte sich die Genossenschaft mit den Klägern und zogen dieselben dann ihre Berufung zurück. 6 Fälle blieben am Schlusse des Jahres noch unerledigt. Von den im Jahre 1898 zur Anmeldung gelangten Unfällen wurden herbeigeführt: 12 durch Ausgleiten bezw. Sturz, 15 durch Herabfallen bezw. Ausgleiten von Gegenständen, 8 durch bewegte Maschinentheile, 13 durch Quetschung bei Beförderung von Lasten etc., 10 durch Gebrauch von einfachem Handwerkzeug (Schnittwunden), 4 durch Verbrühen bezw. Verbrennung etc. An Verwaltungskosten sind im Jahre 1898 entstanden 3264,51 Mk.

Die Rechnung betrug in Einnahme 2998,76 Mk., in Ausgabe 3264,51 Mk. Den Etat pro 1899 stellte man in Einnahme und Ausgabe auf 3500 Mk. fest. Zu Rechnungs-Revisoren wurden die Herren Oekonomierath Aly-Gr. Klonia, Rittergutsbesitzer Grams-Rathsdorf wieder- und Herr Kroschel-Danzig neu gewählt. Zu Beisitzern resp. deren Stellvertretern für das Schiedsgericht wählte man zum ersten Beisitzer für Herrn Director Lachmann, der seinen Wohnsitz nach Stettin verlegt hat, Herrn Kroschel neu, zum zweiten Beisitzer für Herrn Rittergutsbesitzer Berger-Gr. Kleschkau, dessen Wahlperiode abgelaufen war, Herrn Stremlow-Danzig neu; als dessen Stellvertreter für Herrn Birkner-Cadinen Herrn Oekonomierath Aly neu, während Herr Burggraf v. Brünneck-Belschwitz wiedergewählt wurde. Zum stellvertretenden Vertrauensmann für den 5. Bezirk (Stadtkreis Danzig) wurde Herr Molkereibesitzer Dohm neugewählt. In den Sectionsvorstand wurden die ausscheidenden Mitglieder v. Nitykowski und Hagen wieder-, deren Stellvertreter v. Kries ebenfalls wieder- und für Herrn Piehn Herr Aly als Stellvertreter neugewählt. Da das Vorstandsmitglied Kaufmann Eschert-Danzig verstorben ist, so mußte auch für diesen Herrn eine Neuwahl stattfinden und es wurde an dessen Stelle der bisherige Vertreter, Herr Fabrikbesitzer Winkelhausen-Pr. Stargard, gewählt.

*) Die ganze Sache betraf bekanntlich die ärztliche Behandlung unter Sanitätscontrole stehender Dirnen. Wir haben damals sowohl die unberechtigte sensationelle Aufbauschung der Angelegenheit, deren Uebertreibungen uns von vornherein bekannt waren, wie die spätere Klarstellung vor Gericht mit derjenigen Beschränkung, welche uns die Rücksicht auf Schicklichkeit und das Zartgefühl unserer Leser aufzuerlegen schien, charakterisirt, womit für uns die Sache erledigt ist. D. R.

* **[Der Freihafenbezirk Neufahrwasser]** nähert sich jetzt seiner Vollendung. Am 5. April wird er definitiv eröffnet werden. Der Freibezirk liegt bekanntlich unweit der Ausmündung des Hafenkanals. Auf der Landseite ist er mit einer zollsicheren Umschließung umgeben (Stangenzaun mit Drahtgitter); auf der Wasserseite wird er zollamtlich bewacht. Diese Bewachung geschieht auf der Linie zwischen den beiden Endpunkten des eisernen Zaunes auf der Süd- und Nordseite des Hafenbassins durch einen Grenzposten, für welchen auf der Nordseite ein Wachthaus aufgestellt ist und welchem auf der gut beleuchteten Grenzlinie ein Patrouillenboot zur alleinigen Verfügung steht. Der ganze Freibezirk gilt zollgesetzlich als Ausland und es ist deshalb auch die Zollcontrole dortselbst darauf zu beschränken, daß nur eine Außenbewachung stattfindet. Verboten ist auch das Wohnen im Freibezirk, soweit nicht Aufsichts- und Betriebsbeamte dort ihre Dienstwohnung haben. Kaufmännische Comtoire dagegen werden zugelassen.

Die Polizeiaufsicht wird nach besonderen Bestimmungen hierüber gemeinsam oder gesondert von der Hafenbehörde, der Ortspolizeibehörde und der Eisenbahnpolizeibehörde ausgeübt.

Für die Schiffe gilt in Bezug auf das Setzen oder Streichen der Flagge Folgendes:

Die in sonst üblicher Weise beim Einlaufen flaggenden Schiffe streichen die Flagge, sobald sie in den Freibezirk einfahren. Führen, laden oder löschen sie jedoch inländischen Zucker, so haben sie zu flaggen. Ein Anlegen und Ankern von Schiffen ist im Hafenbassin außerhalb des Freibezirkes untersagt und nur ausnahmsweise in der Entfernung von mindestens fünf Metern außerhalb der Grenze gestattet, wenn Fahrzeuge auf ihre Kosten Bewachung stellen oder den großen Krahn am Nordufer des Hafenbassins benutzen müssen.

* **[Robert Johannes in Danzig.]** Ein wie willkommener Gast der ostpreußische Dialekt-Humorist und Recitator Herr Robert Johannes in Danzig ist, das bewies die dicht gedrängte Menge, welche bei seinem gestrigen ersten Recitationsabend in dieser Saison den Apollosaal bis in den tiefsten Winkel gefüllt hatte. Gelacht wurde wieder, daß die Wände dröhnten, und der aus seinem schier unerschöpflichen Füllhorn unverdrossen eine Drolligkeit nach der anderen hervorholende Recitator wußte seine Zuhörer fast 2½ Stunden lang für sein Arsenal des Humors in heiterster Weise zu interessiren.

B. **[Vortrag.]** Der gestrige von der Naturforschenden Gesellschaft veranstaltete Vortrag unseres Landsmannes, Professor Dr. Ahrens aus Breslau fand im dichtgefüllten Concert-Saale des „Danziger Hofes“ statt. Der Redner führte Folgendes aus:

Als Herr Dr. Lakowitz mich einlud, in meiner Vaterstadt über das Wissensgebiet zu sprechen, das ich in Breslau zu vertreten habe, sagte ich freudig zu. Einige Schwierigkeit bot die Frage, worüber ich sprechen solle. Ich sollte nicht nur dem Ohr, sondern auch dem Auge etwas bieten und auch die Damen sollten sich an dem Ausfluge in das Reich des ewigen Wechsels betheiligen. Ich dachte daran, eine Darstellung der Luft, die wir mit jedem Athemzuge einathmen, zu geben. Sie würden dabei erfahren haben, daß ganz neue Bestandtheile in derselben entdeckt worden sind. Aber das Auge würde dabei nichts gehabt haben. Sehr gerne hätte ich Ihnen nun flüssige Luft mitgebracht, jedoch wäre dieselbe auf dem Transport hierher wieder zu Luft geworden. So muß ich mich bei diesem Punkte mit einer Schilderung begnügen. Die flüssige Luft ist eine wasserähnliche Flüssigkeit, welche bei Verdunstung eine so große Kälte erzeugt, daß Aether gefriert. Die Entdeckung der flüssigen Luft ist von größter praktischer Bedeutung. Die flüssige Luft ist verwendbar zum Heizen von Hochöfen, in denen sehr hohe Temperatur erzeugt werden muß, zum Beispiel zur Herstellung von Stahl. Zu jeder Verbrennung ist nur Sauerstoff nöthig. Führen wir bei der gewöhnlichen Verbrennung in den Ofen nur Luft ein, so entsteht durch die anderen Bestandtheile ein Verlust an Heizwerth. Wenn wir diesen concentrirten Sauerstoff brennen würden, so würden auch die Fabrikschornsteine fortfallen. Flüssige Luft wird schon heute in Industrien verwandt. — Einen anderen Prozeß, hohe Temperaturen zu erzeugen, kann ich Ihnen vorführen. Der Schmelzprozeß ist ein Reductionsprozeß. Das Schmelzverfahren hat seine natürliche Grenze, weil wir in Hochöfen nur eine Temperatur von 2500 Grad erzeugen können. Diese Temperatur genügt nicht für alle Metalle. Mit elektrischen Flammenbogen kann eine Temperatur von 4000 Grad hergestellt werden, in welcher gebrannter Kalk schmilzt und Kohlen sich in Dampf verwandeln. Bei dem Schmelzprozeß verwandeln sich Metalle in Karbide und diese verunreinigen das Metall. Ein Verfahren erregt nun Aufsehen, welches die Metalle chemisch rein darstellt. Das schöne weiße Metall Aluminium ist aus Thon durch sehr hohe Temperatur hergestellt. Dieses Metall hat nun die Eigenschaft, daß es seine Wärme, durch die es entstanden ist, wieder zurückgeben kann. Redner stellte nun mit einem kleinen Chamott-Tiegel eine Eisenschmelze dar, zu welcher sonst kostspielige Hochöfen nothwendig sind. Das Schmelzen ging sehr schnell vor sich und nach etwa einer halben Stunde zerschlug der Redner den Tiegel und zeigte den geschmolzenen weißen Stahl. Dann wurde die Herstellung des Acetylenlichtes geschildert und demonstrirt, auch die verschiedene Verwendung des Lichtes vorgeführt. Darauf folgte dann ein Gang in das Reich des Lebens. Schon lange sei bekannt, daß aus einer stehenbleibenden Zuckerlösung Bläschen aufsteigen, welche von Kohlensäure herrühren und Alkohol erzeugen. Diesen Vorgang haben sich die Spiritusbrennereien und Bierbrauereien zu Nutze gemacht. Alkohol entsteht durch Gährung unter dem Einfluß eines Pilzes, der Hefe. Früher glaubte man den Gährungsprozeß auf „Lebenskraft“ zurückführen zu müssen. Eine heilige Scheu vor einem unbekannten Etwas hielt die Hand zurück, die sich ausgestreckt hatte, den Schlüssel von dem Wirken des Lebens zu finden. Nur in der anorganischen Welt sollte das Gesetz walten, nicht in der Pflanze, dem Thier, dem Menschen. In dieses mystische Dunkel fiel die Entdeckung des Harnstoffs im Laboratorium ohne Zuthun von Lebenskraft. Bald löste Prof. Dubois-Reymond das Problem der Gährung. Jetzt wissen wir, daß der Gährungsprozeß trennbar ist von dem lebenden Hefepilz. Redner schilderte hierbei die Erzeugung einer Gährung auf chemischem Wege und zeigte dieselbe vergrößert hinter einer weißen Leinwand. Dann schloß er mit einem freudigen Ausblick. Unsere heutige Zeit stelle hohe Ansprüche an den Muth jedes Einzelnen und erfordere einen ganzen Mann. Jeder aber sollte mal Halt machen, um den Pulsschlag des Lebens zu prüfen. Das freudige Bewußtsein wird über ihn kommen, daß wir in einer großen Zeit leben, in einer Zeit kräftigen Vorwärtsstrebens. Daß der Abend einen derartigen Gedanken in den Hörern erweckt haben möge, schloß der Gastredner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag.

* **[Von der Weichsel.]** Im Weichseldurchstichgebiet bei Schiewenhorst und weiter stromaufwärts ist die Weichsel vollständig eisfrei, so daß die Wasserverbindung bis in die Gegend von Schönbaum bisher noch immer aufrecht erhalten werden konnte.

B. **[Kriegerverein „Borussia“.]** Bei dem gestrigen General-Appell wurde das Ehren-Mitglied, Herr Erster Staatsanwalt und Hauptmann d. L. v. Prittwitz und Gaffron, welcher zum ersten Male an dem General-Appell Theil nahm, herzlich begrüßt. Als außerordentliches Mitglied trat Herr Gerichtsassessor, Oberleutnant d. Res. Richter ein. Neu aufgenommen wurden drei Kameraden. Die von der General-Versammlung am 3. Januar d. Js. beschlossene neue Satzung des Vereins ist vom Vorstande des Preußischen Landes-Kriegerverbandes genehmigt worden. Bei der darauf stattfindenden Wahl des Vorstandes wurden der bisherige erste Vorsitzende Herr Landesgerichtsdirector Schulz, sowie die Kameraden Büttner, v. Kammietz, Leopold, Rötzel, Paschke, Preuß und Woywodt wiedergewählt und Herr Staatsanwaltschaftsrath, Hauptmann d. Res. Oetting als zweiter Vorsitzende, sowie die Kameraden Bieber, Goldstein, Salar und Wolczon neugewählt. Zum Führer der Schützencompagnie wurde der Vereinshauptmann Rötzel und zu Fahnenträgern die Vereinsfeldwebel Marx und Wohlgefahrt vom Vorstande ernannt. Der Vorsitzende ersuchte die Kameraden im Interesse des patriotischen Unternehmens recht zahlreich das Radsportfest im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause am Mittwoch, den 22. d. Mts., zum Besten des Kriegerdenkmalsfonds zu besuchen und auch in gleichem Sinne in ihren Kreisen auf eine thatkräftige Unterstützung des Unternehmens hinzuwirken. In dem darauf folgenden gemüthlichen Theile wechselten Vorträge des unter Leitung des Hauptlehrers Paschke stehenden Gesangskränzchens und gemeinsame Gesänge ab.

* **[Westpreußischer Fischereiverein.]** Am 20. März, Nachmittags 4 Uhr, wird im kleinen Sitzungssaale des Landeshauses eine Vorstandssitzung des westpreußischen Fischereivereins stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Verlegung des Wohnsitzes des Geschäftsführers nach Danzig, Verlegung der Fischbrutanstalt Grudziczno nach Straszewo, Festsetzung des Termins für die nächste Hauptversammlung, Feststellung des Etats und Jahresberichtes pro 1899/1900, Seemannsheim in Hela, Antrag auf Abgabe eines Barometers an die Gemeinde Bohnsack.

* **[Männer-Turnverein.]** Zur Nachfeier des am vergangenen Sonnabend durch einen Herrenabend abgehaltenen 6. Stiftungsfestes des Vereins hat derselbe ein größeres Faschingsfest veranstaltet, das am Sonnabend, den 11. d. Mts., im Bildungsvereinshause stattfinden soll.

⊙ **[Gastwirths-Verein.]** Um auch den Damen der Vereinsmitglieder entgegenzukommen, hatte der Verein der Gastwirthe Danzigs und Umgegend als Nachfeier des durch einen Herren-Abend abgehaltenen Stiftungsfestes gestern im Lokale des „Freundschaftlichen Gartens“ einen wohlgelungenen Familien-Abend veranstaltet, der sich eines sehr regen Besuches erfreute. Nach einleitender Concertmusik hielt der langjährige Vorsitzende des Vereins Herr Punschke eine herzliche Begrüßungsansprache, worauf die unter der Leitung des Herrn Lehrers Buß stehende Liedertafel des Vereins mehrere Gesänge vortrug, denen musikalische Einzelvorträge und humoristische Darbietungen folgten.

♉ **[Der hiesige Zweigverein des deutschen Privat-Beamten-Vereins]** veranstaltete gestern Abend gelegentlich der Monatsversammlung im Marine-Saal des Hotels „Danziger Hof“ einen Unterhaltungs- (Familien-) Abend, der sich wiederum eines außerordentlich zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Nach kurzer Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden, Herrn Dziekcarsik hielt Herr Archidiakonus Blech einen ca. zweistündigen fesselnden Vortrag über die von ihm, gelegentlich der vorjährigen Kaiserreise nach Palästina ausgeführte Reise nach dem Orient (über die schon mehrfach in der „Danziger Ztg.“ berichtet ist). Es folgten eine Reihe musikalischer und declamatorischer Vorträge. Während einer Pause wurde der geschäftliche Theil erledigt, dem zu entnehmen, daß der hiesige Zweigverein auch im verflossenen Monat eine ganze Anzahl neuer Mitglieder gewonnen. Außer 14 ordentlichen Mitgliedern, die im Februar hier dem Verein beitraten, haben wiederum, was mit besonderem Danke erwähnt wurde, fünf unserer angesehensten Firmen resp. deren Inhaber durch Beitritt als „stiftende“ (unterstützende) Mitglieder dem Vereine und dessen gemeinnützigen, auch socialpolitisch bedeutenden Bestrebungen ihre Sympathien kund gethan. Ende Juni oder Anfang Juli soll in Danzig eine Versammlung von Delegirten der ostdeutschen Zweigvereine stattfinden, über die Näheres später bekannt gegeben werden wird. Neben den schon bestehenden Versorgungskassen: Pensions-, Wittwen-, Begräbniß- und Krankenkasse, soll nunmehr auch noch eine Waisenkasse begründet werden, nm besonders solchen Mitgliedern, welche aus irgend einem Grunde bei der Wittwenkasse Aufnahme nicht finden können, Gelegenheit zu geben, für ihre Relicten zu sorgen. Die Kaiser Wilhelm-Privatbeamten-Waisenkasse bleibt, als freie, allen Vereinsmitgliedern zugängliche Stiftung, daneben bestehen.

* **[Blinden-Anstalt.]** Wir werden um Aufnahme der nachstehenden Zeilen ersucht: In den letzten Tagen ist in Danzig und Umgegend ein Mann gesehen worden, der Lichtbilder zum Verkauf anbot zum Besten der Blinden-Anstalten in Königsthal und Königsberg. Zur Nachricht diene darum, daß der betreffende Bote von keiner der beiden genannten Anstalten einen Auftrag erhalten hat. Weder in Ost- noch in Westpreußen wollen die in einer Anstalt erzogenen Blinden, daß für sie gebettelt wird. Sie bitten ihre Mitmenschen nur um eins, nämlich um Arbeit. An dieser freilich fehlt es in Königsthal jetzt wieder in einem solchen Maße, daß voraussichtlich in den nächsten Monaten keine Aufträge an die Blinden der Provinz abgegeben werden können, was zur Folge hat, daß viele blinde Handwerker die Hände in den Schoß legen müssen, obgleich sie arbeiten können und auch so gerne arbeiten möchten.

* **[Personalien bei der Justiz.]** Der Gerichtsassessor Knaack aus Danzig ist unter Ernennung zum Regierungsassessor in die Verwaltung der indirecten Steuern übernommen.

-r. **[Schwurgericht.]** Die zweite Anklage, die gestern auf der Tagesordnung stand, richtete sich gegen die Arbeiter Paul Licht und Johann Matschkowski, beide aus Dirschau. Dieselben werden beschuldigt, am 27. Dezember v. J. auf öffentlicher Straße gemeinschaftlich einen Raub ausgeführt zu haben. Zur Beweisaufnahme waren nur drei Zeugen geladen. Es wurde festgestellt, daß die Angeklagten, die beide noch in jugendlichem Alter stehen, aber wiederholt vorbestraft sind, einem Arbeiter ein Portemonnaie mit 8,50 Mk. sowie eine Taschenuhr mit Gewalt abgenommen haben. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagte schuldig, versagten den Angeklagten auch mildernde Umstände, worauf beide zu je sechs Jahr Zuchthaus verurtheilt wurden.

Heute wurde gegen den Bäcker Wilhelm Michaelis aus Berent verhandelt. Derselbe ist beschuldigt, am 14. Oktbr. v. Js. vor dem Schwurgericht hierselbst einen wissentlichen Meineid geleistet zu haben. Da dies der letzte Fall ist, der dem jetzt tagenden Schwurgericht zur Aburtheilung vorliegt, entließ der Präsident des Schwurgerichtes, Herr Landgerichtsrath Frenzel, diejenigen Geschworenen, die heute nicht mitzuwirken hatten, mit Dankesworten. Als deutsche Männer würden sie in dem Bewußtsein Genugthuung finden, für Recht und Gerechtigkeit gewirkt zu haben. Zu der Verhandlung wider Michaelis waren ca. zehn Zeugen sowie vier Sachverständige geladen. Die Sachverständigen sollen sich über den Geisteszustand des Angeklagten äußern, der von Jugend auf sehr geistesschwach sein soll. Am 14. Oktober stand vor dem hiesigen Schwurgericht ein Meineidsprozeß gegen einen gewissen Talleske aus Berent, der aus einem Alimentationsprozeß entsprungen war. Die Details der Sache entziehen sich daher der öffentlichen Berichterstattung. Sämmtliche heute vernommenen Zeugen, die den Angeklagten von Jugend auf kennen, schildern den Angeklagten als einen geistesschwachen, blödsinnigen Menschen, der nicht recht zurechnungsfähig sei. Die Geschworenen gewannen ebenfalls die Ueberzeugung, daß der Angeklagte unzurechnungsfähig sei, verneinten deshalb die Schuldfrage, worauf die **Freisprechung** erfolgte.

Aus den Provinzen.

♉ **Zoppot,** 8. März. Gestern Mittag wurde gelegentlich einer Prügelei der Arbeiter F. Hildebrand von hier durch einen **Messerstich in die Brust,** welcher bis in die Lunge drang, tödtlich verletzt. Der Thäter, ein hier bei seinen Eltern aufhaltender 20 Jahre alter Stallschweizer, wurde noch in später Abendstunde ermittelt und durch hiesige Polizeibeamte in Haft genommen.

Pr. Holland, 6. März. Das „Oberl. Volksbl.“ schreibt: Von einem bedrohlichen **Vorfall,** der sich vor ca. acht Tagen ereignete, haben wir erst jetzt Kenntniß erhalten. Als am 26. v. Mts. der Besitzer Neumann in Marienfelde in seinen Stall trat, sprang sofort eine Katze auf ihn zu und biß ihn in die Hacke des mit einem Wollstrumpf bekleideten Fußes. Da das Thier sich so festgebissen hatte, daß es trotz Schüttelns und Stampfens mit dem Beine nicht zu entfernen war, war Herr N. gezwungen, von dem anderen Fuße den Holz-Pantoffel zu nehmen und mit demselben das wüthende Thier so lange zu bearbeiten, bis es verendet am Boden lag. Da befürchtet wurde, daß das Thier tollwüthig sei, wurde von Herrn Kreisthierarzt Wermbter die Section desselben vorgenommen, die leider die Vermuthung bestätigte. Herr Neumann hat sich bald darauf nach Berlin begeben, um sich beim Institut für Infectionskrankheiten einer Schutzimpfung gegen Tollwuth zu unterziehen.

* **[„Die Liebe erduldet alles.“]** Am Sonnabend war ein junger Mann mit einem Mädchen, beide vom Lande, nach Tilsit gekommen, um größere Einkäufe zu besorgen. In der Deutschen Straße geriethen sie wegen der eingekauften Waaren in Streit, worauf der junge Mann das Mädchen mißhandelte. Als zwei Herren der Gemißhandelten Beistand leisten wollten, wurden sie mit den Worten zurückgewiesen: „Ich brauche keinen Beschützer. Das ist ja mein Bräutigam, den ich über alles liebe, und die paar Schläge werden mich nicht todt machen.“

Vermischtes.

Der Kaiser als Kunstkritiker.

Unter dieser Spitzmarke berichtet der Berliner Correspondent der „Daily Mail“ Folgendes: Professor Fritz August v. Kaulbach, der berühmte Porträtmaler, ist in Berlin angekommen und im „Savoy-Hotel“ abgestiegen. Er kam auf besondere Einladung des Kaisers, der ihm den Auftrag gegeben hat, ein großes Gemälde der ganzen kaiserlichen Familie zu malen. Im Laufe einer Unterhaltung mit dem Professor sagte er mir, daß die Kaiserin ihm bereits zweimal gesessen habe. Während einer der Sitzungen sei der Kaiser eingetreten. Nachdem er der Arbeit des Malers eine Zeit lang zugeschaut, machte er einige Bemerkungen über die Farbe des Kleides, welches die Kaiserin trug. Er meinte, daß sie keine genaue Behandlung durch den Pinsel des Künstlers gestatte, da die Schattirungen zu dunkel und nicht ausgeprägt genug seien. Die Kaiserin theilte augenscheinlich diese Meinung nicht und versuchte, ihren „lieben Wilhelm“ davon abzubringen. Dies gelang ihr schließlich, aber als der Kaiser sich bald darauf entfernte, sagte er lachend zu dem Professor: „Machen Sie sie nur nicht zu alt, lieber Kaulbach!“ Die Ausführung des Gemäldes wird lange Zeit in Anspruch nehmen, da Professor Kaulbach jedes Mitglied der kaiserlichen Familie, darunter die kleine Prinzessin, in besonderen Sitzungen zu malen gedenkt, ehe die ganze Gruppe vollendet wird. Ich habe guten Grund für die Annahme, daß der Kaiser beabsichtigt, dieses Gemälde der Königin Victoria zum Geschenk zu machen.

Die Toulouer Verwüstung.

Die Opfer der Pulverexplosion vom vorigen Sonntag sind gestern unter überaus großer Betheiligung der Bevölkerung beerdigt worden. Marineminister Lockroy und sämmtliche Behörden befanden sich im Leichenzuge, der eine Länge von zwei Kilometern hatte. Auf zwölf Wagen wurden 51 Särge, von zahllosen Kränzen bedeckt, zum Kirchhofe überführt.

Als Ursache der Katastrophe wird vielfach eine Selbstentzündung durch langsame Zersetzung des rauchschwachen Pulvers angenommen. In Toulon selbst hat die Aufregung der Bevölkerung die Sage entstehen lassen, die Explosion sei durch Verbrecherhand verursacht, um Frankreichs Wehrfähigkeit zur See zeitweilig zu schwächen. Die aufgestachelte Einbildungskraft will in den Trümmern eine anderhalb Meter lange Zündschnur entdeckt haben. Andererseits wird vermuthet, ein Stein habe sich vom Dache abgelöst, sei auf eine Pulverkiste gestürzt und habe die Explosion herbeigeführt.

Toulon, 7. März. Der Marineminister **Lockroy** ist heute Vormittag hier eingetroffen und hat die bei der Pulverexplosion Verwundeten besucht. Bisher sind 58 Leichen geborgen.

Toulon, 8. März. (Tel.) Es läuft das Gerücht um, 12 Dynamitpatronen seien hinter dem Arsenal gefunden worden, andererseits verlautet, ein Unbekannter feuerte drei Revolverschüsse auf die Schildwache dieses Arsenals ab, ohne sie zu treffen. Die Gerüchte verursachen Erregung.

Privatdepeschen aus **Toulon** bestätigen, daß gestern während des Begräbnisses der Opfer der

Explosion ein Artillerist unmittelbar vor dem sogenannten Montety-Pulvermagazin ein Packet mit 12 Dynamitpatronen gefunden habe. Abends 7 Uhr wurden zwei Schüsse auf den Wachtposten des Pulvermagazins oder auf dieses selbst abgefeuert. Nachforschungen nach dem Urheber des Attentates waren vergeblich. Die Erregung in Toulon ist um so größer, als das Montety-Magazin das der Stadt am nächsten gelegene ist.

Kleine Mittheilungen.

* [Eine sensationelle Verhaftung] melden die „Münchener Neuest. Nachr.“: Pfarrer Moosauer von Pocking bei Passau ist am Freitag wegen Verdachtes zahlreicher Sittlichkeitsvergehen, begangen an Mädchen und Frauen seiner Gemeinde, sowie wegen Verdachtes der Verleitung zum Meineid verhaftet worden Parrerf. Moosauer steht im 69. Lebensjahre.

Hirschberg i. Schl. 8. März. (Tel.) Der durch seine Kalkbrüche bekannte Ort **Kauffung** ist von einer großen **Feuersbrunst** heimgesucht worden. Es wurden **29 Gebäude** durch das **Feuer vernichtet.**

Yokohama, 8. März. Gestern Morgen wurden dieselben Ortschaften von einem heftigen **Erdbeben** heimgesucht, die schon durch das große Erdbeben vom Jahre 1891 viel zu leiden hatten. Der Verlust einiger Menschenleben ist zu beklagen. Es wurde nennenswerther Sachschaden angerichtet.

Standesamt vom 8. März.

Geburten: Arbeiter Gustav Worsech, S. — Special-Commissions-Protokollführer und Dolmetscher Felix Mathea, S. — Steuererheber Julius Ziemann, T. — Seefahrer Paul Dautert, T. — Arbeiter Franz Lewandowski, S. — Fabrikarbeiter Paul Karczewski, T. — Schlossergeselle Alexander Dombrowski, S. — Unehel.: 1 S., 2 T.

Aufgeboten: Königl. Regierungs-Assessor Victor Albert Eduard Anton Hugo v. Strauß und Torney zu Schleswig und Klara Cäcilie Elisabeth Bestmann hier. — Kaufmann Hans David Alfred Thiele und Caroline Valesca Zeysing. — Handlungsgehilfe Ernst Otto Walter Kienast und Anna Maria Elisabeth Wölk. — Büchsenmacheranwärter Curt Otto Robert Martin Wagenknecht und Lisbeth Martha Lina Stabenau. — Factor Carl August Weinreich und Maria Margarethe Huse. — Zimmergeselle Gustav Herrmann Freiwald und Meta Catrine Schöller. — Maurergeselle Gottfried Heinrich Schutz und Julianne Louise Boeck. — Schriftsetzer Hans Adolph Friedrich Tolksdorf und Anna Margarethe Helmke. — Sämmtlich hier. — Schneidermeister Georg Heinrich Christian Witt und Bertha Maria Peters zu Lübeck. — Schmied Karl August Hermann Zander hier und Amanda Helene Franziska v. Smigelsky zu Berlin. — Trompeter, überzähliger Sergeant Friedrich Wilhelm Möhring zu Lüne und Minna Elise Fenger zu Burg. — Maschinenbauer August Karl Franz Wegner und Emilie Karoline Schwarz, beide hier. — Arbeiter August Michael Niemschek und Maria Helene Stencka, beide hier.

Heirathen: Fuhrhalter Eduard Buß und Juliane Seiler, geb. Netzkau. — Landwirth Robert Nähring und Wilhelmine Grzenkowski, geb. Paetschke. Sämmtlich hier. — Arbeiter Hermann Bedder zu Hochzeit und Minna Prang hier.

Todesfälle: Wittwe Johanna Schisanowski, geb. Schultz, 69 J. 10 M. — Wittwe Pauline Adelheid Peuker, geb. Husen, 78 J. — S. des Schmiedegesellen Ferdinand Plicht, 1 J. 5 M. — S. des Klempnergesellen Franz Ehrlich, 10 M. — Wittwe Florentine Hohn, geb. Krause, 66 J. — T. des Landwirths Heinrich Daniels, 3 M. — Kaufmann Gottlieb Jacoby in Konstantinopel, 84 J. — Heizer John Lundie in Lourenco Marques, 25 J. 8 M. — Unehelich: 1 S. todtgeboren.

Danziger Börse vom 8. März.

Weizen ruhig, schwach behauptet. Bezahlt wurde für inländischen rothbunt leicht bezogen 750 Gr. 149 M, hellbunt 756 Gr. 156, 156½ M, 759 Gr. 157 M, hochbunt 756 Gr. 160 M, 783 Gr. 161½ M, roth 724 Gr. 150 M, 793 Gr. 159 M per Tonne.

Roggen unverändert. Bezahlt ist inländ. 676 Gr 702 u. 705 Gr. 133 M, 705, 711, 720 und 726 Gr. 134 M, 726 und 732 Gr. 134½ M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** ist gehandelt inländ. große 698 Gr. 138 M per Tonne. — **Hafer** inländ. 124, 126 M, weiß 127, 128 M per Tonne bezahlt. — **Kleesaaten** roth 35, 43, 46 M per 50 Kilogr. geh. — **Weizenkleie** grobe 4,25, 4,27½ M, feine 3,95, 4,10 M per 50 Kilogr. bez. — **Roggenkleie** 4,25 M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Spiritus** fester. Contingentirter loco 59,25 M Br., nicht contingentirter loco 39,50 M Gd.

Berlin, den 8. März 1899.

Städtischer Schlachtviehmarkt.

Amtlicher Bericht der Direction.

636 Rinder. Bezahlt f. 100 Pfd. Schlachtgew.: **Ochsen**, a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahr alt — M; b) junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete — M, c) mäßig genährte junge, gut genährte ältere — M, d) gering genährte jeden Alters — M.

Bullen: a) vollfleischige, höchsten Schlachtwerths — M; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere — M; c) gering genährte 48—52 M.

Färsen u. Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — M; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, bis zu 7 Jahren — M; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen — M; d) mäßig genährte Kühe u. Färsen 41—50 M, e) gering genährte Kühe und Färsen 45—48 M.

2278 Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 74—76 M; b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 69—72 M; c) geringe Saugkälber 63—67 M; d) ältere gering genährte (Fresser) 45—47 M.

733 Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 56—58 M; b) ältere Masthammel 50—54 M. c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 47—48 M; d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) — M.

3715 Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 51 M; b) Käser 51 M; c) fleischige 49—50 M; d) gering entwickelte 47—48 M; e) Sauen 46—47 M.

Verlauf und Tendenz des Marktes:

Rinder: Für Rinder waren Sonnabendpreise schwer zu erzielen. Es blieben etwa 100 Stück unverkauft.

Kälber: Der Kälberhandel war glatt.

Schafe: Bei den Schafen fanden ungefähr zwei Drittel Absatz.

Schweine: Der Schweinemarkt verlief ruhig aber fest und wurde geräumt.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 7. März. Wind: SW.

Gesegelt: D. Siedler (SD.), Peters, Antwerpen, Güter. — Reichsanzeiger, Vollmer, Stolpmünde, Holz, im Schlepptau des SD. „Blitz“ war hier für Rothhafen eingegangen.

Wieder gesegelt: Ascania (SD.), Meyer.

8. März.

Gesegelt: Silvia (SD.), Hoffmann, Flensburg, Güter

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von etwa 300 000 kg Steinkohlen, 40 Raummetern gesunden, trockenen Kiefernklobenholzes für das Central-Gefängniß zu Danzig und das Hilfsgefängniß zu Oliva für die Zeit vom 1. April 1899 bis 31. März 1900 soll im Wege der Submission vergeben werden.

Die Offerten müssen den Bedingungen, welche im Bureau des Centralgefängnisses Vorm. 9—12 Uhr einzusehen sind, genau entsprechen und sind bis zu dem am **15. März, Vorm. 11 Uhr**, Schießstange 9 stattfindenden Termin an die Direction des Centralgefängnisses in Danzig zu richten. (3022

Die Gefängniß-Direction.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 6. März 1899 ist am 6. März 1899 die unter der gemeinschaftlichen Firma

Marcus & Flatauer

seit dem 20. Februar 1899 aus den Kaufleuten

1. Marcuse Marcus
2. Lesser Flatauer } in Marienwerder

bestehende Handelsgesellschaft in das diesseitige Handels- (Gesellschafts-) Register (unter Nr. 42) eingetragen mit dem Bemerken, daß dieselbe in Marienwerder ihren Sitz hat.

Marienwerder, den 6. März 1899. (3034

Königliches Amtsgericht.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Max Repp** in Firma **Adonis Bogun** in Dt. Eylau wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 18. Februar 1899 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom selben Tage bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Dt. Eylau, den 6. März 1899. (3033

Königliches Amtsgericht.

Oeffentliche Verdingung.

Für den Bau von 2 Arbeiter-Wohnhäusern in Ohra sollen die nachstehenden Arbeiten und Lieferungen verdungen werden:

a. Erd- und Maurerarbeiten einschl. Material
b. Zimmerarbeiten „ „
c. Dachdeckerarbeiten „ „
d. Tischlerarbeiten „ „
e. Klempnerarbeiten „ „
f. Glaserarbeiten „ „
g. Töpferarbeiten „ „
h. Malerarbeiten „ „

Kostenanschlag und Bedingungen können gegen postfreie Einsendung von 1,30 M von dem Eisenbahn-Secretair **Schmidtke** in Langfuhr bezogen werden. Schriftliche Angebote sind an denselben bis zum 20. März einzureichen. Zuschlagsfrist acht Tage. (3045

Wohnungs-Verein für Danzig und Umgegend. (E. G. m. b. H.)

Der Vorstand.
Schmidtke. Gronert.

Concurs-Auction in Danzig,

Hohe Seigen Nr. 10.

Donnerstag, den 9. März 1899, Vormittags 10½ Uhr, werde ich am oben angegebenen Orte im Auftrage des Herrn Concursverwalters **A. Striepling** hier, Hundegasse 51, für Rechnung der **Koschnitzki**'schen Concursmasse, die auf 412,85 M taxirten Baugeräthschaften pp. im Ganzen,

und um 11 Uhr nachstehende Gegenstände, als:

1 nußb. Sopha und 2 Fauteuils mit Plüschbezug, 1 zweis. nußb. Sophatisch, 1 nußb. zweith. Kleiderschrank u. Vertikow, 1 Teppich, Stühle, Pfeilertisch, 1 Regulator, 1 alte Nähmaschine und mehrere andere Gegenstände (2879

einzeln öffentlich gegen Baarzahlung versteigern.

Janke, Gerichtsvollzieher.

Die

XIV. Ausstellung u. Auction von Zuchtvieh

der Ostpreußischen Holländer Heerdbuchgesellschaft ist für den **12. und 13. April 1899** in Aussicht genommen

und findet wieder auf dem

städtischen Viehhofe in Königsberg (Pr.) bei Rosenau

vor dem Friedländer Thore statt.

Zur Auction werden diesmal auch weibliche Thiere, **gedeckte Stärken und junge Kühe** zugelassen, vorausgesetzt, daß genügende Anmeldungen stattfinden.

Gleichzeitig findet auch eine **Ausstellung und freihändiger Verkauf von Zuchtschafböcken und Zuchtebern** statt, woran sich auch **Nichtmitglieder** betheiligen können.

Schlußtermin für sämmtliche Anmeldungen, die an den **Geschäftsführer Dr. Boeppel** in Königsberg (Pr.) Lange Reihe 3 III, zu erfolgen haben, ist auf den **14. März d. J.** festgesetzt. (3043

Bekanntmachung.

In öffentlicher Verdingung sollen vergeben werden am 28. März 1899, Vormittags 11 Uhr, Lederabfälle und Schwefelsäure, am 5. April 1899, Vormittags 11 Uhr, Flanell, Putztücher, Putzwolle u. Flachswerg nach hier ausliegenden Proben, am 13. April 1899 Vormittags 11 Uhr, rohes Rüböl.

Bedingungen liegen hier aus und können gegen Erstattung von von je 75 Pf. abschriftlich bezogen werden. (2716

Danzig, den 27. Februar 1899.
Königliche Direction der Gewehrfabrik.



Ornitholog. Verein.

Donnerstag, den 9. d. Mts., Abends 8 Uhr:

Sitzung im „Luftdichten“.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berathung über die nächste
3. Monatsausstellung.
4. Verschiedenes. (3038

Der Vorstand.